

Besprechungen

Morazé, Charles: *Das Gesicht des 19. Jahrhunderts — Die Entstehung der modernen Welt*. Aus dem Französischen übersetzt von Ottfried Graf Finckenstein. Düsseldorf 1959. Eugen Diederichs Verlag.

Es ist nicht einzusehen, warum die große französische Publikation „Les destins du monde“ mit „Epochen der Menschheit“ übersetzt wird, denn die Anlage des Werkes ist im Sinne von Lucien Fèbvre erfolgt, nämlich nach den geographischen Regionen der Menschheit, von der Urgeschichte angefangen: Vorderasien, Griechenland, Rom, Islam usw. Der vorliegende erste übersetzte Band von dem hervorragenden französischen Historiker Charles Morazé heißt in der französischen Ausgabe „Les bourgeois conquérants“, denn es handelt sich um eine Sozialgeschichte des Bürgers. „Sicherlich nicht die Staatsformen (muß man notwendigerweise kennen), wohl aber den Boden, die menschlichen Grundlagen, das Land und die Städte, die Häfen, Werkstätten, diesen ganzen Ameisenhaufen einer Aktivität, die durch Arbeit die Formen der Arbeit selbst verändert.“ Obgleich der Verfasser glaubt, eine „sentimentale Reise“ nach dem Vorbild von Sterne zu unternehmen, und in der Einleitung in eleganter Manier ein Zeitbild entwirft, so ist doch der Hauptteil des Werkes eine neue Art der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die im Gegensatz zu der politischen Geschichtsschreibung steht. In der gegenwärtigen Situation läßt sich die Geschichte nicht mehr national abgrenzen, sondern es muß gerade unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaft eine Weltgeschichte dargestellt werden, die über den mediterranen und atlantischen Kulturkreis hinausreicht. Das vorliegende Werk übertrifft die alte Kulturgeschichte, wenn diese bereits auch die technische Produktion der Waffen und Werkzeuge einbegreift, und sie folgt diesen halbvergessenen Ansätzen einer Kulturgeschichte, indem sie wesentlich die Technologie als die Signatur dieses Zeitalters ansieht. Wenn das Hauptthema die Ausbreitung, Eroberung und Unterwerfung der Welt darstellt, so ist doch von einer Einheit der Zivilisation keine Rede, denn was in Europa seit der französischen Revolution erfolgte, Säkularisierung und Emanzipation, wird in Asien und Afrika nicht einfach nachgeholt, und das Zusammenfallen einer politischen und industriellen Revolution wie in Rußland sowie die Bildung von Imperien über die Nationalstaaten hinaus läßt sich nicht als eine universelle Tendenz erklären.

Geschichtsschreibung in Frankreich liest sich wie große Literatur und ist darum für ein größeres Publikum geeignet. Es ist eine

„histoire sans noms“ im Sinne von Comte, die synoptisch auf der Unzahl von Detaildarstellungen beruht. Daher ist es einem solchen großen Wurf gegenüber nicht berechtigt, Einwände gegen gewisse Details zu erheben, sondern vielmehr zu betonen, wie national trotz der übernationalen Gesichtspunkte zum Beispiel die Romantik oder auch die Revolution von 1848, ganz im französischen Sinne, dargestellt wird. Es handelt sich um eine neue historische Schule, wie sie in Deutschland in der Linie von Roscher bis Schmoller einen ganz andersartigen Charakter besessen hat, die wie die Anfänge der Volkswirtschaftslehre und auch in der heute überwiegenden neoklassischen Tendenz von England bestimmt war.

Die große Bedeutung des Werkes, das unter der Leitung von Fernand Braudel steht, ist in dem Problem Geschichte und Soziologie zu erblicken, das hier aufgeworfen wird. Die Geschichte gehört zu den Sozialwissenschaften, zu einer „science de l'homme“, die immer auf Regelmäßigkeit, Vergleichbarkeit und Strukturbildung ausgeht und keineswegs nur einzelne Personen und Ereignisse behandelt, es sei denn in der Hilfswissenschaft einer Biographie der führenden Persönlichkeiten oder Nationen. Aber die Geschichtsschreibung selbst hat eine Aktualität, die in der Geschichtlichkeit des Menschen beruht und die eine Theorie oder Philosophie der Geschichte voraussetzt, die wohl Marx, der als Sozialhistoriker keine Nachfolge fand, nicht aber Schmoller besessen hat.

Es würde eine ausführliche Schrift dazu gehören, den reichen Inhalt des vorliegenden Bandes wiederzugeben, dessen Bedeutung nicht nur in der Darstellung der amerikanischen und russischen Geschichte, der nationalen und kolonialen Machtausdehnung, sondern auch in den hervorragenden Gesamtbildern beruht. Wie schon Saint-Simon, so bezeichnet auch Morazé das Jahrhundert der bürgerlichen Gesellschaft als das Zeitalter der Wissenschaft und Technik. Aber gerade die Geschichte der Wissenschaft und Technik ist nur in ihrem Effekt und Erfolg gesehen, ohne die Schattenseiten, die in der sozialen Bewegung hervortreten, genügend zu berücksichtigen. Es ist auch mehr der großstädtische Aspekt, wie er der fortschrittlichen Intelligenz naheliegt, beleuchtet, der manchmal nur die oberflächlichen Erscheinungen, die dünne Schicht der Zivilisation und Bildung ohne die Untergründe hervorhebt. Das Werk von Charles Morazé ist eine außerordentliche Leistung und hat den Charakter eines „œuvre de l'avantgarde“ der Wissenschaft, die von Frankreich aus eine neue Art der Sozialgeschichte in universeller Sicht inauguriert. Es ist nur zu wünschen, daß dieses Buch eine weite Leserschaft findet, weil es sich nicht bloß an akademische Kreise, sondern auch an interessierte Laien wendet.

Gottfried Salomon-Delatour-Frankfurt am Main

Michel, Ernst: *Der Prozeß Gesellschaft contra Person*. Stuttgart 1959. Ernst Klatt Verlag.

Der Untertitel, die ‚soziologischen Wandlungen im nachgoethischen Zeitalter‘, ist nicht ganz zutreffend, denn es handelt sich wesentlich um die gesellschaftlichen Lebensbedingungen im industriellen Zeitalter. Gewiß ist Goethes Verbindung von Griechentum und Christentum, wie C. H. Ehrenberg sagt, ein glücklicher Mensch und ein unglücklicher Christ, keine Voraussetzung mehr für eine gesellschaftliche Ordnung, welche die personale Existenz bedroht. Person ist in der Sicht des Verfassers nicht in der Natur, sondern in der Geschichte begründet, und sie kommt zum Ausdruck in der konkreten Begegnung des Menschen mit dem Menschen in einer dialogischen Form. Es scheint mir von besonderem Interesse, daß der Verfasser über Tiefenpsychologie und katholische Seelsorge spricht und die Beicht-Praxis mit ihrer moralischen Aktion auf „sündhafte Verfehlungen“ nicht zutreffend findet für die neuartige Lebensordnung und Gewissensforschung. Dazu kommt der Zwiespalt des Christen in bezug auf die Kreatürlichkeit, wie sie auch in der katholischen Theologie keineswegs verneint wird, nur ist über das Biologische hinaus die Einheit des Leibes und des „Einandererkennens“, der Bund der Gatten, eine kulturelle Form. Es ergibt sich angesichts des Aufruhrs gegen den Vater, bei Marx wie bei Freud, daß der katholische Verfasser die Vaterschaft und Lehrerschaft in ihrer Bedeutung für die Jugend hervorhebt. Die Krisis aller Institutionen, wie sie besonders in der Familie zum Vorschein kommt und nach dem Erlebnis der Massenbewegung als momentane Irreführung erfahren worden ist, wird im letzten Teil des Buches durch die Anerkennung und Zustimmung zu den Werken von Freyer, Gehlen und Rosenstock bekräftigt. Dieses Buch sollte nicht nur in katholischen Kreisen zum Nachdenken über den Kultursinn der Institutionen anregen.

Gottfried Salomon-Delatour-Frankfurt am Main

Eiser mann, Gottfried: *Die Lehre von der Gesellschaft*. Ein Lehrbuch der Soziologie. Stuttgart 1958. Ferdinand Enke Verlag 452 S.

Das hier vorliegende Sammelwerk enthält neun Beiträge der Autoren Paul Honigsheim, Georges Gurvitch, Friedrich Lenz, J. Allan Beegle und des Herausgebers. Es vermittelt einen ersten Überblick über einige der wichtigsten sog. „Bindestrich-Soziologien“: Religionssoziologie, Kunstsoziologie (Honigsheim); Rechtssoziologie, Wissenssoziologie (Gurvitch); Wirtschaftssoziologie (Lenz), Soziologie der Politik (Eiser mann), Agrar- und Stadtsoziologie (Beegle-Honigsheim). Den grundlegenden methodologischen Beitrag liefert der Herausgeber mit einem Aufsatz über „Allgemeine oder ‚reine‘ Soziologie“. Der einleitende Artikel bietet einen knappen Abriß der Geschichte der Soziologie, der gemeinsam von Honigsheim und Eiser mann verfaßt ist.

Der Untertitel „Lehrbuch der Soziologie“ trifft insofern nicht ganz richtig den Charakter des Buches, als in den meisten Kapiteln das pädagogische Moment zugunsten subtiler wissenschaftlicher Einzelanalysen zurücktritt. Dies gilt besonders für den gedankenreichen Beitrag zur Wirtschaftssoziologie, der weit über das hinausgeht, was man gemeinhin in einem Lehrbuch erwartet. Der Sammelband unterscheidet sich darin vorteilhaft von ähnlich gearteten Unternehmen, daß er keine bloße Buchbindersynthese darstellt, sondern die beteiligten Autoren, wie es in der Einleitung heißt, „gewisse grundlegende Konzeptionen teilen“. Das Studium der einzelnen Beiträge bestätigt dies: Sie sind ausnahmslos von einem methodischen Positivismus her konzipiert. Den Intentionen Max Webers verwandt, werden aus dem gesellschaftlichen Erfahrungszusammenhang formale Kategorien dadurch gewonnen, daß typische Merkmale hervorgehoben und in ihrer begrifflichen Reinheit der Mannigfaltigkeit des Wirklichen gegenübergestellt werden. Dieses idealtypische Verfahren findet sich etwa in dem Aufsatz „Soziologie der Politik“. Dort bestimmt der Autor z. B. den Begriff der Kaderpartei zunächst rein definitorisch, d. h. durch gedankliche Konstruktion, um mit Hilfe dieses Instruments die empirisch vorfindbaren politischen Gruppierungen daraufhin zu untersuchen, inwieweit sie diesem Typus entsprechen.

Dieser Methode geht die grundsätzliche Trennung von Tatsachenfeststellung und Bewertung einher. Damit wird — wie schon bei Weber und Theodor Geiger — ein an der naturwissenschaftlichen Erkenntnistheorie orientiertes Postulat auch als für die Gesellschaftswissenschaften verbindlich erklärt. Die Problematik dieser Forderung besteht darin, daß der soziologische Forscher noch dann der sozialen Wirklichkeit verhaftet bleibt, wenn er sich um distanzierte, werturteilsfreie Aussagen bemüht. Die Soziologie ist schon insofern auf gesellschaftliche Praxis bezogen, als sie, wie die Autoren übereinstimmend betonen, aus der Sozialkritik entstanden ist. Die Gesellschaft wurde Gegenstand eingehender Analysen erst, als sie in der bestehenden Form fragwürdig geworden war. Daher enthält die schonungslose Konstatierung dessen, was der Fall ist, immer schon ein kritisches Moment, das auf die Veränderungsbedürftigkeit des gegebenen Zustandes verweist. Es ist bemerkenswert, daß die Skizze zur „Geschichte der Soziologie“ die im arbeitsteiligen Wissenschaftsbetrieb aufgerichteten Schranken zwischen Philosophie und Soziologie durchbricht. Daß bei der Darstellung „kein apriorischer Begriff der Wissenschaft von der Gesellschaft zugrunde gelegt“ wurde, erweist sich als äußerst fruchtbar. So werden etwa der Neukantianismus, die Lebensphilosophie und der Existentialismus in ihrer Bedeutung für die deutsche Soziologie berücksichtigt. Auch in den Beiträgen zu den Einzelgebieten wird die verengende Spezialisierung und Beschränkung auf isolierte Teilstücke der gesellschaftlichen Realität in gewissem Sinne relativiert. Nahezu jeder der Autoren versucht so intensiv in das jeweilige Sachgebiet einzudringen, daß die vielfältige Vermitteltheit der wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen Phänomene mit den

kulturellen Momenten hervortritt und konkret bestimmt wird. Damit wird der Anschein vermieden, als zerfalle die Gesellschaft selbst — wie etwa in der Soziologie Parsons' — in säuberlich gegeneinander abgegrenzte Sektoren. In der „Wirtschaftssoziologie“ findet sich eine Analyse des Zusammenhanges zwischen der Tatsache, daß „über drei Viertel aller Staats- und Wirtschaftsbürger in Deutschland oder den Vereinigten Staaten . . . von jeder Verfügungsmacht über Produktionsmittel ausgeschlossen“ sind und dem in diesen Ländern vorherrschenden Konformismus. Auch vom Herausgeber wird auf die Möglichkeit der Gleichschaltung des Bewußtseins weiter Bevölkerungskreise als eines Herrschaftsmittels in östlichen und westlichen (!) Staaten nachdrücklich hingewiesen: „Abgesehen davon, daß die Übereinstimmung mit den ‚herrschenden‘ Auffassungen und Ansichten die Freude der inneren Identifizierung mit der Oberschicht gewähren kann, lenkt sie wirksam von der Ausbildung eines der eigenen Interessenlage angemessenen Weltbildes und ihr dienlichen Willensbildung ab“. Solche ideologiekritischen Anmerkungen, die weitverbreitete Tabus negieren, sind in der jüngeren deutschen — im Gegensatz etwa zur amerikanischen oder französischen — Literatur nicht eben häufig zu finden.

Als ein durchaus unkonventionelles Bemühen darf auch die Tatsache vermerkt werden, daß im vorliegenden Band die Frage nach der vielfältigen Verflochtenheit von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Phänomenen neu gestellt wird. Herrschte in der deutschen Soziologie nach Marx die Tendenz vor, eine von allen ökonomischen Implikationen ‚gereinigte‘ Gesellschaftswissenschaft zu begründen, so wollte andererseits die Nationalökonomie bei ihrer Analyse der immanentwirtschaftlichen Zweckreihen verharren. Der Aufsatz über „Wirtschaftssoziologie“ ist ein Versuch, die im Niemandsland zwischen den arbeitsteilig operierenden Fachwissenschaften unaufgearbeiteten Fragen in das Blickfeld zu rücken. Damit wird — wenngleich von andersgearteten Voraussetzungen her — zumindest programmatisch an die Tradition der Politischen Ökonomie wieder angeknüpft. Dies wird in Sätzen wie den folgenden deutlich: „Harmonisierende Weltmarktlehren, die nur funktionale Gleichgewichtsanalysen errechnen, sich mit erwerbswirtschaftlicher Individualpsychologie und zwischenmenschlichen Beziehungen begnügen, geben den Verhältnissen, die sie voraussetzen und verteidigen, keinen Halt mehr. Die sog. exogenen Konjunkturen, Krisen und Kriege seit 1914 müssen theoretisch begriffen und strukturell verarbeitet werden. . . Andernfalls gerieten wir in die Nähe einer ‚Vulgärökonomie‘ und ‚Vulgärsoziologie‘, die zur kritischen Besinnung auf die Grundfrage unseres Daseins nicht gewillt oder nicht mehr fähig wären“.

Es darf allerdings nicht unerwähnt bleiben, daß das idealtypische Verfahren mitunter auch dazu verleiten kann, bei leeren klassifikatorischen Bestimmungen stehenzubleiben. So nähern sich z. B. manche Passagen im Abschnitt „Religionssoziologie“ lose aneinandergereihten Aufzählungen. Es ist fraglich, ob eine formale, ahistorisch bleibende

Etikettierung einzelner sozialer Schichten in ihrer Beziehung zu religiösen Vorstellungen irgendeinen Erkenntniswert besitzen kann. In diesem Zusammenhang wird etwa über die Bauern lakonisch bemerkt: Sie „stehen der Natur und deshalb magischen Haltungen nahe, haben gegebenenfalls auch ihre eigenen Gottheiten“. Oder, an anderer Stelle: „Intellektuelle existierten ursprünglich als Priester, dann bei steigender Säkularisation auch als Beamte und Lehrer, zudem in Renaissance, Gegenreformation, Aufklärung und Gegenwart als Bohémiens. Als letztere sind sie Skeptiker oder, wenn sie ihre Lage als untragbar empfinden, eventuell emotionalen Bewegungen zugänglich“. Die Kühnheit, die sich hier unverzagt ihren Weg durch Jahrhunderte bahnt, ist die des terrible simplificateur: Ihm wird die Geschichte ein Bilderbuch zur Illustration formalsoziologischer Begriffe. Die Bestimmtheit eines Begriffes wie der des ‚Intellektuellen‘ bleibt dem konkret-historischen Zusammenhang der entfalteten Tauschgesellschaft verhaftet, in der so etwas wie das arbeitsteilige Sich-selbst-Gehören des Geistes überhaupt erst möglich wurde und ist daher nicht beliebig auf alle früheren Epochen zu projizieren. In der Annahme, daß sich bestimmte Kategorien während der ganzen Geschichte konstant durchhielten, steckt bereits die dogmatische Setzung, daß es im wesentlichen nichts Neues unter der Sonne geben könne.

Für den kritischen Benutzer wird jedoch dieses Lehrbuch von großem Wert sein. Es ist unmöglich, das in ihm ausgebreitete und verarbeitete Material in seiner Bedeutung für weitergehende Studien zu würdigen. Hinzuweisen wäre noch auf die jedem Beitrag angefügten bibliographischen Daten. Leider vermißt der Benutzer ein Namens- und Sachregister, das den Umgang mit diesem Werk erheblich erleichtern würde. Für eine eventuelle Zweitaufgabe darf abschließend eine gründlichere Korrektur, bes. der Eigennamen, empfohlen werden: So müßte es beispielsweise S. 30 „Wolfgang“ statt „Walter Köhler“, S. 42 „Erich“ statt „Emil Fromm“ heißen.

K u r t L e n k - Frankfurt a. M.

Beiträge zur Soziologie der industriellen Gesellschaft. Herausgegeben von Walther G. Hoffmann. (Soziale Forschung und Praxis, herausgegeben von der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster in Dortmund, Band 9.) Ardey-Verlag Dortmund. 143 S.

Technik und Industriearbeit. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie von H. Popitz, H. P. Bahrtdt, E. A. Jüres, H. Kesting. (Soziale Forschung und Praxis, herausgegeben von der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster in Dortmund, Band 16.) Tübingen 1957. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck.) XII, 224 S.

Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie von H. Popitz, H. P. Bahrtdt, E. A. Jüres, H. Kesting. (Soziale Forschung und Praxis, herausgegeben von der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster in Dortmund,

Band 17.) Tübingen 1957. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). X, 228 S.

Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform, dargestellt am Ruhrgebiet von W. Brepohl. (Soziale Forschung und Praxis, herausgegeben von der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster in Dortmund, Band 18.) Tübingen 1958. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). IX, 400 S.

Konflikte und Kooperation im Industriebetrieb. Probleme der betrieblichen Sozialforschung in internationaler Sicht. Eine soziologische Untersuchung von Peter Attesländer. Köln und Opladen 1959. Westdeutscher Verlag. 341 S.

Wie außerordentlich weit gespannt das Forschungsfeld der Sozialforschungsstelle Dortmund von Anbeginn war, wurde schon ersichtlich aus dem Band, den sie aus Anlaß ihres Einzuges in ein neues Institutsgebäude durch Walther G. Hoffmann herausgegeben hat. Aktuell bedeutsame Fakten werden festgehalten in den Untersuchungen von Dietrich von Oppen über „Wirtschaftliche und soziale Eingliederung von Heimatvertriebenen in eine Zechenstadt“ und von Helmut Croon über „Die Einwirkung der Industrialisierung auf die Gemeindevertretungen“. Wilhelm Brepohl führt mit dem Beitrag „Vom Werden der industriellen Daseinsform“ in die Betrachtungsweise ein, die sein Werk über das „Industrievolk Ruhrgebiet“ fruchtbar gemacht hat. Ebenfalls grundsätzlich gemeint ist die „problemgeschichtliche Betrachtung“ von Carl Jantke über „Das sozialreformerische Anliegen der deutschen industriellen Sozialforschung“, die dazu anregt, die in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten entwickelten industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen in den tiefer greifenden Forschungszusammenhang der sozialwissenschaftlichen Ideenbildung und der sozialetischen Bemühungen früherer Jahrzehnte einzubeziehen. Weitere Bände zeigen die personhaft gestaltete, erfahrene und sich ihrer bewußte Industriewirklichkeit, ihre Formen und Zusammenhänge des Wirkens und des gesellschaftlichen Daseins, also das „Soziale“ in ihnen als Erscheinungsweise der Kultur und die „Technik“ als ihr heute wichtigstes Instrumentarium. Eine „exakte Definition“ des Begriffs „Technik“ scheint nicht mehr möglich, so wird als „technisch“ bezeichnet „das Verhalten des Menschen im Umgang (Konstruktion, Herstellen, Verwenden) mit Maschinen und Apparaten“ (Bd. 16, S. 26). „Für eine Dämonisierung der technischen Einrichtungen bleibt kein Raum“ (S. 143), und „die Kulturkritik an der industriellen Arbeit scheint geradezu als Mittel zu dienen, einer Kritik der Kultur durch die industrielle Arbeit zu entgehen“ (S. 5).

Das Buch von Brepohl breitet zu seinem Gegenstand einen außerordentlichen Reichtum an verstandenen Anschauungen und begrifflich klar gefaßten Erfahrungen aus. Während die Untersuchungen über „Technik und Industriearbeit“ bewußt und ausdrücklich in „phä-

nomenologischer“ Weise bis in feinste Differenzierungen hinein die Kooperation in der technischen Arbeit analysieren und sie damit dem Verständnis erschließen, und während die systematisch durchgeführten Befragungen zum Thema „Gesellschaftsbild des Arbeiters“ eine Art von Wissenssoziologie des soziologischen Wissens (oder häufig Nichtwissens) des Arbeiters in gründlicher und sinnvoll geordneter Darstellung bieten, arbeitet Brepohl mit mehreren Forschungsweisen.

Die phänomenologische Erkenntnishaltung in der Erforschung der Arbeitsverfahrensweisen bedarf ebenso einer ausführlicheren Würdigung, die an dieser Stelle nicht gegeben werden kann, wie die methodologische Analyse und erkenntnismäßige Anwendung des Gesichtspunktes der „sozialen Topik“ (Bd. 17, S. 81 ff.). Ich möchte meinen, daß hier vieles von dem erfüllt wird, was in den gleichzeitig verfaßten und den Dortmunder Forschern noch nicht bekannten Bemerkungen in dem „Handbuch der Soziologie“ (1955/56, S. 170 ff.) prinzipiell dargelegt worden ist. Brepohl hingegen realisiert eine ganze Reihe von Erkenntnissätzen. Er führt soziogeographisch in den Forschungsbereich ein, der ihm vor Augen steht. Sodann entwickelt er eine eigentümliche und fruchtbare Lehre von „Modellerlebnissen und Erlebnismodellen“. Unter diesen erscheint die Industrie als eigenes Modellerlebnis, und die Begegnung mit ihr ist der Ursprung eines „Gestaltungsprinzips, ... das die Umformung in gewissem Umfang lenkt und die Konfiguration der entscheidenden Elemente, die in allgemeiner Interdependenz zueinander stehen, herbeigeführt hat“ (S. 92). Das „Modellerlebnis“ wird somit innerhalb der lebendigen gesellschaftlichen Wirklichkeit gleichsam zu dem, was Kant das „Schema“ nennt, mit Hilfe dessen sich Begriffliches (oder Geistiges überhaupt) in Anschauliches ausbreitet. Dieses Modellerlebnis wird für die Untersuchung Brepohls dann zugleich zum realistischen Verstehensmittel seiner soziologischen Interpretation. Damit wird sowohl eine konstruierende begriffliche Formalistik vermieden, wie der Subjektivismus, der dem Erlebnisbegriff Diltheys und vielen „geisteswissenschaftlichen“ Erkenntnisbemühungen unüberwindbar anhaftet. Von daher ergibt sich schließlich auch ein Verständnis für die moderne Problematik und eine sinnvolle und notwendige weitere soziologische Fassung des Begriffs der Person. Im Hinblick auf das brennendste Problem der Industrie als menschlicher Personenwelt, die zunächst nur äußerliche Einbeziehung zahlloser „Fremder“ aus verschiedensten Volkstumsbereichen, stellt sich dies so dar, „daß man im Grunde die Sozialgeschichte der industriellen Gesellschaft, soweit sie bis jetzt abgelaufen ist, mit der Theorie von Heimat und Heimatlosigkeit verbinden sollte. Dieser große, geistig-seelische Prozeß, der in alle Lebensbereiche hineingewirkt hat, ist zunächst als eine Teilauflösung der Person anzusehen, aus der sich langsam eine neue Persönlichkeitsstruktur ergibt“ (S. 161). Und so erscheinen „die ersten großen Sozialisten“ als „Heimatlose, denen erst später durch sozialistische Ideen wieder eine Art Umwelt verliehen wird“ (S. 160).

Im ganzen will der Autor „soziologisch gesehene Geschichte“ darstellen (S. 167). Entscheidend ist dabei, daß er dies nicht unternimmt, ohne die menschliche Personenwelt in ihrer kulturellen Ausgeformtheit und mit dem ganzen Beziehungsreichtum geistig-kultureller Lebensformen ständig vor Augen zu stellen und in ihrem Wandel zu verfolgen. Er blickt dabei bis in weit zurückführende Traditionen hinein, denn „die gegenständliche Welt an der Ruhr ist vom werden- den Industrievolk neu aufgebaut worden, aber gewisse Züge der geistigen Umwelt sind zum Teil mitgebracht und erhalten worden“ (S. 211). Zugleich breitet Brepohl eine ungemein lebendige Mannigfaltigkeit von Anschauungen aus der aktuellen Lebenswelt des Ruhrvolkes aus. Wer wie ich inmitten dieses Volkes seine Jugend verbracht hat, fühlt sich oft sehr persönlich berührt von konkreten Schilderungen, deren Wahrheit vielfältig die „Grundauffassung“ bezeugt, „daß sich im Ruhrvolk eine besondere Abart deutschen Volksgeistes zeigt“. An allem, was im überkommenen volkskundlichen Sinn als „Industrievolkskunde“ schildernd dargeboten wird, „versagen die Vermassungstheorien“ (271), die ja meist überhaupt Literatenprodukt sind, soweit man sie auf die lebendige Personenwelt der europäischen Kulturvölker, deren keineswegs unwichtigerer Teil gerade ihre Arbeitswelten sind, anzuwenden versuchen will. Brepohl stellt allerdings mit gutem Grund fest „das Zurückdrängen des Persönlichen und Individuellen zugunsten der nirgends so wie in den USA entwickelten ‚Mittelmäßigkeit‘“ und erklärt, die „Angleichung aller sozialen Verpflichtungen“ sei eine sinnvolle Entsprechung zu den von ihm dargestellten Merkmalen eines „neuen Zeitalters ohne Namen“ (361). Er betrachtet, namentlich auch in der Wandlung, die das Industrievolk mit dem Heranwachsen der jüngeren Generation erfahren hat, kritisch die gegenwärtige Situation. Aber er hält daran fest, daß eine „Neu-Integration“ (S. 327 ff.) sich andeute. Auch dieser geht er spürsam nach, und er macht das von ihm unübertrefflich knapp und eindrucksvoll geschilderte „Rheinisch-Westfälische“ (S. 362 ff.) sichtbar.

Die Aufsatzsammlung, die Peter Attesländer unter dem Titel „Konflikt und Kooperation im Industriebetrieb“ vorlegt, nimmt sich vor, sich mit dem „betrieblichen Sozialsystem“ zu befassen. Aber es fehlt vollkommen jeder Hinweis auf etwas, das in einem der europäischen Kulturtradition annähernd gemäßen Sinn als „sozial“ oder als „System“ gemeint sein könnte. Es ist nicht eindeutig klar, wenn gesagt wird: „Während einige Autoren versuchen, die wissenschaftliche Betriebsführung zu humanisieren, muß der Betriebssoziologe seinerseits alle jene Versuche ablehnen, das sogenannte ‚rein Menschliche‘, d. h. lediglich (!) ethisch-moralistische (!!) Gesichtspunkte im Betrieb in den Vordergrund zu stellen“ (S. 295). Wo in der deutschen „Betriebssoziologie“ gäbe es wohl derartige „Gesichtspunkte“ als etwas „rein Menschliches“? Wenn es dann weiterhin heißt, „daß das Studium der menschlichen Gruppe grundsätzlich ebensowenig mit Gefühlen zu tun hat wie das Studium eines Moleküls“ (S. 296), so ist das doch wohl

eine problematische Behauptung. Es lohnt sich nicht, auf dergleichen einzugehen.

Abschließend bleibt auf den Unterschied dieses Buches zu den Untersuchungen der Dortmunder Forschungsstelle hinzuweisen, daß diese zwar auch und gerade das Problem der Kooperation eindringlich behandeln, diese aber nicht als gesellschaftliche Erscheinung in einem für sich gedachten Betrieb auffassen und darstellen, sondern sie immer innerhalb des unmittelbaren, direkten Arbeitsvollzuges der technischen Arbeit selbst suchen, sehen und analysieren. Gerade in dieser scheinbar fast vollkommen „materiell“ gebundenen Arbeit erscheint die menschliche Person des Arbeiters, weit entfernt von den oft seltsam unwesentlichen Meinungen und Stimmungen innerhalb einer theoretisch sonst durchaus soziologisch sinnvoll für sich gedachten speziell betrieblichen Wirklichkeit, in ihrer ganzen Kraft und Größe und, wenn man den Darlegungen genau folgt, in ihrem Handeln und Verhalten von allen den Wertmotiven und ethischen Bezügen mitbestimmt, die aus einer langen europäischen Kulturtradition erwachsen sind.

W e r n e r Z i e g e n f u ß - Berlin

K n e b e l, H a n s J o a c h i m : *Soziologische Strukturwandlungen im modernen Tourismus*. Stuttgart 1960. Ferdinand Enke Verlag. 178 S. 3 Abbildungen, 25 Tabellen.

Es ist ein sehr interessantes und anregendes Problem, das der Verfasser auf verhältnismäßig wenig Seiten, aber doch ausführlich und in die Tiefe gehend in flüssiger und ansprechender Form behandelt. Wissenschaftlich von Bedeutung ist, wie der Gegenstand, den die Sozialwissenschaften bisher nur stiefmütterlich am Rande behandelt haben, mit den modernen Mitteln und Methoden der Soziologie angefaßt wird. Die Haltung und die Entwicklung der heutigen außengeleiteten Industriegesellschaft wird aufgeschlossen und deren vertiefte Betrachtung ermöglicht. Diese sozialnivellierte Industriegesellschaft hat sich im Tourismus von heute ein Abbild ihrer inneren Struktur geschaffen und Knebel zeigt, wie sich die verschiedenen Schichten dieser Gesellschaft aus ihrer gewünschten und tatsächlichen gesellschaftlichen Geltung heraus verschieden verhalten, und wie neben den überwiegend von außen geleiteten Gliedern und Gruppen noch Teile einer von Innen geleiteten Gesellschaft vorhanden sind. Es ist gerade die Haltung des Arbeiters und der Arbeiterfrau, die von dem turbulenten und verflachten „Betrieb“ des heutigen Tourismus noch nicht erfaßt sind und vielleicht sogar abgestoßen werden, weil sie seiner Neigung, „die Früchte seiner Arbeit im wörtlichen Sinn begreifen“ und festhalten zu können, widerspricht. Die Konsumhaltung und damit auch das Verhalten zum Tourismus der älteren verheirateten Arbeiter liegt im Gegensatz zu dem des jüngeren unverheirateten, der Moped und Motorrad ersteht und besitzt, noch vorwiegend auf dem „akkumulativen“ und nicht auf dem „demonstrativen“ Gebiet des Verbrauchs. Für den älteren Arbeiter steht das Bedürfnis nach Radio, Fernsehapparat, Eigenheim und Schrebergarten im Vor-

dergrund, wobei das Vorbild nicht die mittelständische, außengeleitete Gesellschaft der Gegenwart ist, sondern „die produktionsorientierte, durch den alten Mittelstand und den innengeleiteten Sozialcharakter bestimmte Gesellschaft von gestern“.

W. M. F r h r. v. B i s s i n g - Berlin

Soziologie und moderne Gesellschaft. Verhandlungen des vierzehnten Deutschen Soziologentages vom 20. bis 24. Mai 1959 in Berlin, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Stuttgart 1959. Ferdinand Enke Verlag. 249 S.

Über den Verlauf des vierzehnten Soziologentages hat Stefanie Münke in Heft 4/1959 ausführlich referiert. Nunmehr liegt auch der Verhandlungsbericht vor, den der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Buchform herausgegeben hat. Er enthält die Begrüßungsansprachen und Eröffnungsreden sowie die Plenarvorträge im Wortlaut, berichtet über das Symposium, in dem „Deutschlands Beitrag zur Soziologie international gesehen“ von einigen ausländischen Soziologen in Rede und Gegenrede erörtert wurde, und bringt ausführliche Referate über die Sitzungen der Fachausschüsse, in denen die Ergebnisse ihrer Arbeit dargestellt und diskutiert wurden. Die Wiedergabe ist leider etwas ungleich ausgefallen. Während die Referate im Fachausschuß für Industriesoziologie, im Fachausschuß für Religionssoziologie und auch im Fachausschuß für Ethnosoziologie fast durchweg in knapper Form zusammengefaßt worden sind, wurden die im Fachausschuß für Soziologie der Erziehung und Bildung gehaltenen Hauptreferate im Wortlaut wiedergegeben. Dabei waren unter den in den Fachausschüssen gehaltenen Referaten manche, die eine ausführlichere oder wörtliche Wiedergabe verdient gehabt hätten. Doch ist es erfreulich genug, daß wieder ein so ausführlicher Bericht veröffentlicht werden konnte, der hoffentlich Beachtung in den soziologischen Fachkreisen des In- und Auslandes finden wird. Er verdient es.

G e o r g J a h n - Berlin

Jahrbuch des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, herausgegeben von Joseph Höffner. 1. Band/1960. Verlag Regensburg Münster. 194 S.

Joseph Höffner, der Leiter des „Instituts für Christliche Sozialwissenschaften“, legt den ersten Band eines Jahrbuches vor, das den christlichen Sozialwissenschaften gewidmet werden soll. Im einleitenden Aufsatz versucht Höffner selbst eine „Ortsbestimmung“ der christlichen Gesellschaftslehre zu geben, indem er deren Verhältnis zur gesamten Sozialwissenschaft bestimmt und sie als theologische Wissenschaft kennzeichnet. Ein zweiter Beitrag, der von Wilhelm Dreier stammt, zeigt den Weg zur normativen Sozialwissenschaft und skizziert ihren Aufbau. Im übrigen enthält der Band vorwiegend empirische Untersuchungen (um einige Beispiele zu nennen: Der deutsche Katholizismus in der modernen pluralistischen Gesellschaft der Gegenwart — Zur religiösen Situation katholischer Berufsschuljugend einer

westfälischen Industriestadt — Das psychische Profil eines Dorfes, dargestellt an einer Gemeinde des Saarlandes), die das Interesse nicht nur der katholischen Theologen, sondern auch weiterer Kreise verdienen.
Georg Jahn - Berlin

Gablentz, Otto Heinrich von der: *Die versäumte Reform.*
Zur Kritik der westdeutschen Politik. Köln und Opladen 1960.
Westdeutscher Verlag. 137 S.

In seinem Buche, einer Zusammenfassung von Vorträgen über aktuelle soziale Fragen, übt der Verf. politische Kritik. Sie ist sorgenvoll und bitter, wie er selbst sagt, und beschränkt sich nicht auf Regierung und Opposition, sondern geht in gleicher Weise die Parteien und Interessenverbände, die Kirchen und auch die Wissenschaft an. Was er in ihrem Namen äußert und feststellt, verdient sorgfältige Beachtung. Die allgemeine Kennzeichnung unserer Politik als „Reaktion“, mit der Begründung, daß die Klassenspaltung nicht überwunden sei („die versäumte Reform“), erscheint uns allerdings zu summarisch. Da der Krieg zugleich auch eine soziale Umwälzung bedeutet, ist die Tendenz zur Umkehr nur natürlich. Nicht zufällig ist daher der gleiche Vorwurf nach allen bewaffneten Auseinandersetzungen zu hören gewesen. Davon sind selbst die sog. „fortschrittlichen“ Systeme (wie der Kommunismus mit seiner „Neuen Ökonomischen Politik“) nicht verschont geblieben, was beweist, daß das Ganze eine Frage der Perspektive ist.

Sie gilt ebenso für die Politik wie für ihren rückwärtigen Ansatz, die Geschichte, auf der der Verf. aufbaut und zu der hier, der Tradition von „Schmollers Jahrbuch“ entsprechend, noch ein Wort gesagt werden soll. Indem er sich für ein neues Geschichtsbild entscheidet (S. 27), wendet sich der Verf. gegen jeden geschichtlichen Determinismus, mit Argumenten, die regelmäßig vorgetragen und zurückgewiesen werden. Deshalb sei nur kurz angedeutet, daß der Glaube an die Freiheit des Menschen die Überzeugung von der Zwangsläufigkeit des Geschehens im Großen — „Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit“, definierte Hegel — nicht ausschließt. Bekennt sich doch der Verf. selbst von seinem idealistisch-voluntaristischen Standpunkt aus zum „Regiment Gottes“ in der Geschichte (S. 86). Auch methodisch vermögen wir keinen Gegensatz zwischen der (klaren) „Einsicht in die Geschichte“ und dem Instinkt zu erkennen, den der Verf. nicht mehr gelten lassen will (S. 111). Gegen dieses Verdikt ist geltend zu machen, daß die Historie zwar kein sibyllinisches Buch darstellt, aber so schwer lesbar ist, daß wir auf kein Erkenntnismittel verzichten können, am wenigsten auf die Intuition.

Ob die geschichtlichen Lehren, die wir ziehen, richtig sind, wird heute, worauf der Verf. mit Recht hinweist, am besten an dem politischen Kernproblem, an der Frage der Wiedervereinigung gemessen¹. Nach seiner Meinung ist die Vereinigung der Deutschen in

¹ Vgl. meine Schrift: Politische Strategie und Taktik der Wiedervereinigung. Berlin 1959. Verlag Haupt und Puttkammer OHS.

einem Staat nicht wesentlich, nicht notwendig (S. 39). Als wichtig erachtet er allein die Freiheit. „Deren Folge mag dann die Wiedervereinigung sein.“ (S. 28.) Die Trennung der beiden Faktoren, die wesensmäßig eins sind, entspricht seiner Auffassung von der Nation als einer Frage des „Bewußtseins“, eines überlebten Gefühls (S. 30). Mit der geschichtlichen Entwicklung ist das jedoch schwerlich in Einklang zu bringen. Danach können die Bausteine einer neuen, demokratischen Weltordnung nur die Nationen sein, was durch den Namen „United Nations“ (UN) nicht schlecht zum Ausdruck gebracht wird. Deshalb ist auch die Wiederherstellung der äußeren Einheit Deutschlands ebenso sehr ein weltpolitisches Problem wie ein erstrangiges Anliegen des Volkes. Seine Lebensform aber ist heute die nationale Existenz, nicht die Ko-Existenz, die durch die vorbehaltlose Verwendung der Bezeichnung DDR, der kommunistischen „Zwei-Staaten“-Theorie entsprechend, dokumentiert und manifestiert wird.

Julius Gumpert-Berlin

Völkerrecht und Weltwirtschaft. Beiträge zur Verbreitung des Völkerrechts, herausgegeben von Hans K. E. L. Keller. München 1959. Verlag der Grotius-Stiftung. 134 S.

Es trifft sich, daß die als Vol. III der Bibliotheca Grotiana herausgegebene Schrift im Zeichen der Genfer Seerechtskonferenz von 1960 anzuzeigen ist. Diese Tatsache sowie der Umstand, daß auch bei der gleichen Begegnung im vorvorigen Jahr eine Einigung nicht erzielt werden konnte, beweisen, daß das von Hugo Grotius (1608) verkündete und seit langem verwirklichte Prinzip des „mare liberum“ noch immer nicht frei von Problematik ist. Natürlicherweise war sie während des Merkantilismus anderer Art als im Atomzeitalter. Wollte man sie auf eine Formel bringen, so könnte man von einer Krise der einzelstaatlichen Souveränität sprechen, die nach Ausdehnung (auf das Meer) strebt, während die Aufrechterhaltung der Freiheit eine Welt-souveränität (über das Meer) erfordert.

Die weltwirtschaftliche Seite dieses Problems, die Gegenstand der Neuerscheinung ist, wird von H.-J. von Merkatz nach „politischen Großräumen“ orientiert. Dementsprechend lautet das Thema W. Röpkes „National Sovereignty and International Economy“. Von den übrigen Beiträgen sei die im Mittelpunkt stehende Arbeit von H. Keller mit ihrer auch erkenntnistheoretisch wichtigen Feststellung hervorgehoben, daß sich die Weltwirtschaft nicht inter „nationes“, sondern inter individua abspielt. Für ein Drittel der Erde gilt das heute aus ideologischen Gründen allerdings nicht mehr. Deshalb kann auch die Losung „Technik für den Frieden“ nur auf der politischen Ebene verwirklicht werden.

Julius Gumpert-Berlin

Beutin, Ludwig: *Einführung in die Wirtschaftsgeschichte.* Köln 1958. Böhlau Verlag. 179 S.

Der viel zu früh verstorbene Kölner Historiker Ludwig Beutin gibt in seinem letzten Werke nicht nur eine mit ausführlichen bibliographischen Angaben verbundene Einführung in die Wirtschafts-

geschichte — wie der bescheidene Titel vermuten ließe —, sondern zeigt darüber hinaus den Standort dieses Wissenschaftszweiges noch in doppelter Hinsicht auf: Er stellt fest, was die Forschung bisher, d. h. bis 1957/58, erreichte, und er deckt den Zusammenhang auf, in dem die Wirtschaftsgeschichte mit ihren verschiedenen Nachbardisziplinen steht.

L. B. geht in etwa einem Drittel seines Buches auf die „Methodologie und Quellenkunde“ ein und weist hier in knappen Formulierungen nach, daß die Wirtschaftsgeschichte „im System der Wissenschaften einen eigenartigen Platz“ einnimmt. Die Masse der Quellen ordnet er unter die Stichwörter „sekundäre“ und „primäre“ Quellen. Er schließt ihnen eine Darstellung der wichtigsten methodologischen Probleme an und setzt sich hier auseinander u. a. mit der „Erkenntnisform des historischen Verstehens“, mit der Objektivität des Historikers, dem Real- und Idealtyp, dem Strukturbegriff, der Kausalverknüpfung, der Entwicklung bzw. dem Fortschritt.

Das zweite und ausführlichste Kapitel behandelt die „Einzelaspekte der Wirtschaftsgeschichte“, ohne aber etwa den Versuch zu machen, „den Gang der Wirtschaftsgeschichte selbst“ (S. 101) im einzelnen aufzuzeigen. Es bringt Hinweise auf „Natur und Raum als Vorbedingungen“ des Wirtschaftens und verfolgt u. a. die Technik, die Bevölkerung, den Einzelmenschen und die Gesellschaft, das Geld und die Preise, die Krisen und Konjunkturen.

Das dritte Kapitel ist den Darstellungsformen, der Periodisierung bzw. Gliederung und der Geschichte der Wirtschaftsgeschichte gewidmet. Im Anschluß an die Feststellung, daß „jede Wissenschaft ... in ihrer Breite und geschichtlichen Tiefenperspektive als ein Arbeitszusammenhang gesehen werden“ (S. 156) muß, fügt es eine Übersicht an über den „Zusammenhang, in dem sich die Arbeit vollzieht“. Die Universitäten und Hochschulen werden genannt, an denen Wirtschaftsgeschichte gelehrt und geprüft wird; es folgen die Akademien, Vereinigungen, Archive und Zeitschriften, die die Wirtschaftsgeschichte pflegen.

Das Buch, das sich vor allem mit der deutschen Wirtschaftsgeschichte beschäftigt, kehrt zu einleitenden Gedanken zurück und schließt mit einer Art Bekenntnis: Die Wirtschaftsgeschichte will nicht ein nur „geordnetes Wissen von der Wirtschaft im Zeitverlaufe“ geben, sondern sie ist letztlich „historische Kulturwissenschaft“ (S. 164). Selbstverständlich — und eigentlich überflüssig, noch zu erwähnen — muß eine zweite Auflage Ergänzungen z. B. in bibliographischer Hinsicht bringen. Oder: Auch an den Universitäten Berlins ist Wirtschaftsgeschichte Prüfungsfach (S. 157). Vor allem ist die Aussage über die „wirtschaftshistorische Arbeit in der DDR“ zu korrigieren: Es gibt nur die SBZ, die sowjetisch besetzte Zone, und wir nennen bei der dort angewandten historischen Methode die „Wissenschaftler“ noch längst nicht alle, wie L. B. es tut, „Kollegen“ — es sei denn, diese Ehre wird nur ironischerweise zugestanden (S. 160).

Eberhard Schmieder - Berlin

Timm, Albrecht: *Die Waldnutzung in Nordwestdeutschland im Spiegel der Weistümer.* Einleitende Untersuchungen über die Umgestaltung des Stadt-Land-Verhältnisses im Spätmittelalter. Köln 1960. Böhlau Verlag. 133 S.

Die von verschiedenen Seiten, vor allem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Untersuchung beschäftigt sich mit einem bisher recht vernachlässigten Thema. Sie gründet sich auf Weistümer (Holtinge) des nordwestdeutschen Raumes und macht für die Zeit vom Hochmittelalter bis hin zum Ende des 16. Jahrhunderts entscheidende Aussagen über die durch den Wald bestimmten Verhältnisse der Bauern, Grundherren, Städte und Landesherren. Sie verfolgt die Nutzung des Waldes, d. h. die Vieh- und Holznutzung, die sich gerade in dem behandelten Zeitabschnitt aus dem landwirtschaftlichen Betrieb löst und zu einer neuen Wirtschaftsform führt, zum landesherrlich geordneten Hochwald. Wertvolle Ergebnisse werden gewonnen über die Beziehungen zwischen Bauern und Bürgern, zwischen Land und Stadt, namentlich auch über Wüstungen und über die Waldpolitik der sich entwickelnden Landeshoheit. Zwei Abhandlungen schließen das Buch ab, die eine über die „Sense als neues Erntegerät“, die andere über den „Bergfried und Spiker auf den Höfen“. Insgesamt: Eine für das Untersuchungsgebiet wichtige Arbeit, die die Anregung bieten sollte, ähnliche Studien für andere deutsche Landschaften folgen zu lassen. Eberhard Schmieder - Berlin

Conze, Werner: *Quellen zur Geschichte der deutschen Bauernbefreiung* (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Band 12). Göttingen, Musterschmidt Verlag 1957. 219 S.

Die vorliegende, mit einer gut orientierenden Einführung versehene Sammlung vereinigt Lesestücke, die von Kant über Justi, Garve, Kraus, Thaer, vom Stein, Hardenberg, von der Marwitz, Adam Müller, Ernst Moritz Arndt bis hin zu den wichtigsten Befreiungsgesetzen reichen und so an Hand einschlägiger Dokumente einen Überblick von den Anfängen bis 1849 gewähren.

Friedrich Bülow - Berlin

Köllmann, Wolfgang: *Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert.* (Soziale Forschung und Praxis, herausgegeben von der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Band 21.) Tübingen 1960. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 315 S.

Werner Conze stellt im Vorwort fest, auf welcher Grundlage die von ihm angeregte und geförderte Arbeit ruht: Die Spaltung in politische Geschichte und in Sozial- und Wirtschaftsgeschichte soll überwunden werden und Sozialgeschichte nun „nicht mehr Beschreibung einer vom Politischen abstrahierten ‚Gesellschaft‘, sondern mit Otto Brunner, Darstellung der inneren Struktur historischer Gebilde“ sein. Von hier aus ist es zu verstehen, daß W. K. nicht nur eine Sozialgeschichte im bisherigen Sinne vorlegt, sondern an einer „relativ über-

schaubaren Einheit“, an dem nahezu idealen Objekt einer Stadt, die „ganze Vielfalt der Probleme moderner Strukturwandlung“ beschreibt. Wie weit der Rahmen der Untersuchung abgesteckt ist, sagt schon der erste Satz des Verfassers: „Die vorliegende Arbeit versucht, die Entwicklung einer modernen Industriegroßstadt des 19. Jahrhunderts zu schildern.“ Und dieser Themenstellung wird W. K. auch voll und ganz gerecht.

Auf den ersten 70 Seiten entwirft W. K. ein Bild der wirtschaftlichen Entwicklung Barmens. Er macht die Wirtschaftsstruktur deutlich, die Wandlung von der Manufaktur bzw. dem Verlagssystem zur Fabrik und verfolgt die Zweige der Textilindustrie, die verlöschten bzw. sich entfalteten, und dann die anderen Industrien, die sich neben den „Barmer Artikeln“ durchsetzten. Über die Stadt hinaus führt der Abschnitt: „Die Barmer Industrie auf dem Weltmarkt.“

Die späteren Kapitel sind der Bevölkerung gewidmet, ihrer Struktur, ihrer Herkunft und beruflichen wie sozialen Gliederung, dann den „Schichten der industriellen Gesellschaft“, den Kaufleuten und Fabrikanten, den selbständigen Handwerkern, den Heimarbeitern und der Arbeiterschaft. Einen breiten Raum nimmt die Behandlung der „Sozialen Frage“ ein, und die Bedeutung Barmens für die vielfachen Lösungsversuche sozialer Probleme tritt u. a. dort deutlich hervor, wo auf Johann Schuchard verwiesen wird. Der Kaufmann und Landtagsabgeordnete aus Barmen kämpfte im Rheinischen Provinziallandtage für ein Kinderschutzgesetz, und im wesentlichen ist seiner Initiative das erste deutsche sozialpolitische Gesetz zu verdanken, das „Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Fabriken“ vom 9. März 1839.

Das Kapitel „Kirche und Kultur“ geht vor allem dem tiefen und weithin wirkenden religiösen Leben der protestantischen, reformierten und katholischen Bevölkerung nach, u. a. auch der Erweckungsbewegung unter Fr. W. Krummacher. Zum Schlusse wird die „Politische Willensbildung“ der Barmer Bevölkerung vom Beginn des 19. Jahrhunderts über das Revolutionsjahr 1848/49 bis hin zum Ausbruch des ersten Weltkrieges dargestellt, und wie wichtig die Stadt auch auf diesem Gebiete war, beweist u. a. der „Gesellschaftsspiegel“, die erste deutsche sozialistische Zeitung, die Friedrich Engels und Moses Heß herausgegeben haben.

Ausführliche Tabellen im Text und mehrere Anlagen — z. B. über die „Entwicklung der Stadtverwaltung“ — erhöhen den Wert des Buches, von dem W. K. selbst sagt und mit Recht feststellt, daß es „nicht in erster Linie der Erforschung der Lokalgeschichte, sondern der Erforschung deutscher Geschichte in der Lokalgeschichte“ diene. Wenn auf etwas hingewiesen werden darf, dann auf folgendes: Das Sachregister hätte noch mehr als die aufgeführten Stichwörter enthalten können, um die Benutzung des Buches zu erleichtern. Und bei der S. 25 erwähnten Ausstellung handelt es sich um die Industrie-Ausstellung von 1844.

Eberhard Schmieder - Berlin

S a u l, S. B.: *Studies in British Overseas Trade 1870—1914*. Liverpool 1960. Liverpool University Press. IX, 246 S.

In seinen wesentlichen Teilen geht dieses Buch auf die Doktor-dissertation Sauls zurück, der mittlerweile ein Lektorat für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Liverpool innehat. Der ganze Aufbau des Werkes in neun zumeist inhaltlich selbständige Kapitel bezeugt, daß der Autor seine Erstlingsarbeit durch sorgfältige Einzelstudien vertieft und hier auf die entscheidenden historischen Sachverhalte und wirtschaftspolitischen Fragenbereiche abgestellt hat, die die ereignis- und beziehungsreichen fünf Jahrzehnte britischer und internationaler Handelsgeschichte vor dem I. Weltkrieg kennzeichnen. Der Verfasser bildet zunächst die Grundlinien der großen weltwirtschaftlichen Wandlungen im Zusammenhang mit der veränderten Position Großbritanniens seit den siebziger Jahren ab und beleuchtet die Rückwirkungen des stürmischen industriellen Aufschwungs auf dem Kontinent und in den USA für die Marktstellung der britischen Industrie, wobei sein Augenmerk hauptsächlich den Strukturänderungen des Welthandels und der Entwicklung des britischen Kapitalexports gilt, der die weltwirtschaftliche Expansion und die Industrialisierungswelle lange Zeit ermutigt und getragen hat (S. 65 ff.). Neben der Rolle der Konjunkturbewegungen werden auch die Einflüsse der britischen und internationalen Zoll- und Handelspolitik kundig dargetan. In den abschließenden Kapiteln setzt Saul an den Beispielen Kanadas und Indiens den bedeutsamen Wandel in den wirtschaftlichen Beziehungen des britischen Mutterlandes zum Empire auseinander und hebt hervor, daß „the ease of entry into Empire markets dulled the senses of many exporters and made them less ready to try for markets elsewhere which, though highly competitive, might have offered as much if not more in the long run“ (S. 229), namentlich was Indien betrifft.

Das Buch ist dank seiner reichen Dokumentation und der urteils-sicheren Kritik des Autors eine willkommene Quelle solider wirtschaftsgeschichtlicher Belehrung und ein Muster statistisch-induktiver und historiographisch-intuitiver Tatsachenanalyse und -deutung.

A n t o n i o M o n t a n e r - M a i n z

E r d m a n n, P a u l: *Swiss-American Economic Relations. Their Evolution in an Era of Crises*. (Veröffentlichungen der List Gesellschaft e. V. Reihe B: Studien zur Ökonomik der Gegenwart, herausgegeben von E. v. Beckerath und E. Salin, Bd. 11.) Basel und Tübingen 1959. Kyklos-Verlag und Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). VIII, 173 S.

Liberalisierung des Welthandels propagieren die USA schon seit über 10 Jahren, wobei, abgesehen vom Motiv internationaler Befriedung, der Schwerpunkt der Devisen auf Zugang zu aufnahmefähigen Märkten zwecks Steigerung ihrer eigenen Ausfuhr liegt; so haben sie sich erst neulich in das Wechselgespräch um Reformierung der OEEC eingeschaltet, um trotz wirtschaftlich und politisch bedingter Sym-

pathie für die EWG und deren Zollsenkungsaktion eine Spaltung der Wirtschaft Europas zu vereiteln und somit, was von gleicher, wenn nicht potentiellerer Relevanz ist, jedwede Gegensätzlichkeit in der Politik des Westens im Keime zu ersticken. Kommt zwar in der anzuzeigenden Schrift lediglich ein relativ bescheidener Ausschnitt aus den ökonomischen Beziehungen zwischen den USA und dem alten Kontinent zur Sprache, dem detaillierten Aufschluß gebührt nichtsdestoweniger vornehmlich gegenwärtig, wo neben dem künftigen Verhältnis der EWG zur EFTA noch andere von den USA mit Kriegsende aufgeworfene Probleme endgültiger Lösung harren, die Zensur eines sowohl in weltwirtschaftlicher als auch in völkerrechtlicher Hinsicht imposanten Beitrages, der nicht bloß diesseits, sondern in der Hauptsache eigentlich jenseits des Atlantiks ganz besonderes Augenmerk finden sollte. Gewiß trifft die Feststellung im deutschen Geleitwort zu, derzufolge „vermutlich manche“ der geschilderten Tatbestände von europäischer und speziell von schweizerischer Seite „anders“ eingeschätzt würden; ebenso zutreffend dürfte jedoch sein, daß sich der Verfasser unter Beiziehung einer Fülle von amtlichen Quellen und sonstigen Unterlagen denkbar größter Objektivität befließigt hat. Dieses Merkmal schimmert auch unverkennbar bereits im 1. Kapitel der Studie durch, das in Umrissen zuerst von der Stellung beider Länder in der Weltwirtschaft handelt und dann von den in der Zeit nach 1850 bis 1934 zwischen den zwei Volkswirtschaften selbst abgewickelten Handels- und Finanzgeschäften. Denn hierin wird die US-Handelspolitik ohne Umschweife als eine traditionell protektionistische deklariert; es wird gleichfalls nicht beschönigt, daß die Schweiz von jeher, nur einmal kurzfristig unterbrochen, ein Gläubiger der USA gewesen sei und daß den amerikanischen Außenhandel heute politische Überlegungen bestimmen würden, während der schweizerische allein aus Gründen nationaler Selbsterhaltung erfolge, weshalb auch die Anpassung der gegenseitigen Transaktionen beider Staaten jeweils zu Lasten des kleineren Partners gehe. Wie reibungslos immerhin früher die Kontakte funktionierten, dafür genügt wohl der Hinweis von Erdman, bei fortlaufender Meistbegünstigung habe von 1900 bis 1936 überhaupt keinerlei handelsvertragliches Übereinkommen bestanden.

Die im nächsten Kapitel bis zum Jahre 1945 skizzierte Entwicklungsperiode ist eingangs insoweit von Reiz und grundsätzlicher Bedeutung, als die US-Regierung 1934 durch den Trade Agreements Act die Anwendung des 1931 im Hawley-Smoot Tarif niedergelegten Schutzzolles milderte, um — kommentiert als „paradoxical“ Ergebnis — entgegen alter Gepflogenheit und den mit der allgemeinen Krise protektionistisch gewordenen Ländern der übrigen Welt auf freieren Handel zugunsten der heimischen Exportindustrie hinzuwirken und dementsprechend im Handelsvertrag mit der Schweiz 1936 allerdings bloß für eine Auswahl typischer schweizerischer Erzeugnisse, darunter Stickereien, Uhren usw., ins Gewicht fallende Zollermäßigungen zu konzedieren, so daß die Meistbegünstigung gegen-

über Drittländern möglichst nicht spielte und schwächere amerikanische Industriezweige weiterhin hohen Schutz genossen. Mit Kriegsbeginn habe sich hingegen der schweizerisch-amerikanische Warenaustausch total verändert, nicht indessen bis 1940 der schon zuvor vehement angeschwollene Kapitalstrom aus der Schweiz nach den USA; die schweizerischen Anlagen seien dem Umfange nach unter den europäischen Investitionen in der amerikanischen Wirtschaft auf eine der vordersten Stellen gerückt und umgekehrt die USA unter den Lieferanten der rohstoffarmen Schweiz auf den 2. Platz. Als die amerikanische Regierung 1941 sämtliche vom kontinentalen Europa stammenden Kapitalanlagen einfrieren ließ und eine Aussonderung feindlichen Eigentums anordnete, hätten freilich die schweizerischen Banken die verlangte Namhaftmachung der Inhaber anonymer Konten unter Berufung auf die Legalität des Bankgeheimnisses verweigert; mit der Wirkung, daß die nicht identifizierten Konten ab 1943 dem Feindvermögen zugerechnet wurden. Und die aus der Beanstandung des schweizerischen Bankgeheimnisses herrührende Meinungsverschiedenheit ist, vorweg bemerkt, noch immer nicht restlos geglättet, obwohl Zürcher Bankkreise gemäß die USA „in den Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz das Bankgeheimnis stillschweigend anerkannt“ haben (vgl. Das schweizerische Bankgeheimnis — Dichtung und Wahrheit, Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 334 vom 5. Dezember 1959). Wurde auch damals ein Teil der Anlagen von erwiesenermaßen „neutraler“ Herkunft für bestimmte Zwecke freigegeben, so blieb doch der Rest vorläufig gesperrt. Die USA seien sich bewußt gewesen, daß die Aufrechterhaltung dieser Sperre bei der Klärung aller strittigen Fragen mit der Schweiz nach Kriegsende ein gutes Handelsobjekt abgeben würde. Selbst das Currie-Abkommen von 1945 hat einzig eine maßgebliche Lockerung der alliierten Blockade gebracht, jedoch weder eine Außerkraftsetzung der schwarzen Listen noch eine Regelung der gesperrten schweizerischen Guthaben. Wenn nun in dem Resultat eine „terrific diplomatic“ Niederlage der Schweiz erblickt wird, ohne etwa den auf den Kleinstaat ausgeübten Druck in Abrede zu stellen, so will es schlechthin allerdings scheinen, und das nicht erst heute, als ob der Verfasser Anhänger einer Machtpolitik reinsten Wassers sei und als ob eher die USA ihre politische Mission überschätzt hätten und nicht die Schweiz. Daß der amerikanischen Regierung in Kontrast zum ersten Weltkrieg jegliches Verständnis für das schweizerische Neutralitätsprinzip fehlte, ist auch angesichts der Kriegslage von 1944 keine stichhaltige Begründung. Die Schweiz hat noch nie ihren international respektierten politischen Standort verlassen und zudem, so in der Schrift, ihre Ausfuhr, die ja seit 1940 deutscher sowie alliierter Kontrolle unterlag, selbst nach den USA bis Ende 1944 gepflegt. Darüber hinaus soll den schweizerischen Unterhändlern nach R. Beriger (Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz usw., Zürich 1952, S. 23) gelungen sein, die Alliierten von der „strikten“ Wahrung der Neutralität „während des ganzen Krieges“ zu überzeugen.

Obwohl bald danach einerseits die Schweiz, zumal sie keine Restriktionen gegenüber Dollarwaren kannte und ihre Zahlungen auf regulärem Wege leistete, zu einem der wichtigsten Handelspartner der USA wurde und andererseits der amerikanische Markt im schweizerischen Export als Hauptabnehmer rangierte, unterminierten aber in der Folge manche von den USA heraufbeschworenen Ereignisse, deren Beschreibung bis Anfang 1959 das letzte Kapitel gewidmet ist, die völlige Normalisierung des schweizerisch-amerikanischen Einvernehmens. Um den ausländischen Wettbewerb auf dem Binnenmarkt in Schach zu halten, hat die US-Regierung schon 1947 die Aufnahme der sogenannten Escape-Klausel in alle Handelsverträge verfügt, und so blieb es im Hinblick auf den Zuwachs der Importe aus der Schweiz nicht aus, daß dieses Land 1950 vor die Alternative Kündigung des Handelsvertrages oder Einfügung der Escape-Klausel gestellt wurde. Ohne Zweifel absolut sachlich, wenn Erdman urteilt, die Schweiz konnte gar keine andere Wahl treffen, als die Klausel zu akzeptieren. Da obendrein die amerikanische Uhrenindustrie in jenen Tagen von einer Krise heimgesucht worden wäre, die schweizerische dagegen dank großzügiger Verkaufskampagne amerikanischen Stiles eine Vermehrung ihres Totalabsatzes sowie ihres Anteiles am gesamten Uhrenmarkt der USA zu erzielen vermocht hätte, sei diese deshalb mittels der neuen Klausel schließlich durch Heraufsetzung des Einfuhrzollens „penalized“ worden. Präsident Truman lehnte zwar 1952 die empfohlene Zollerhöhung um 50 vH ab; in der Version der Schrift insofern wahrhaftig nicht zu Unrecht, als die amerikanischen Uhrenproduzenten kaum Schaden erlitten hätten und wenn, so würde nicht das Lohngefälle, vielmehr allein die unterschiedliche Betriebsstruktur die Schuld tragen, m. a. W. die Differenz in der Leistungsfähigkeit resultiert aus einer Fehldisposition, auf die auch wiederholt schweizerische Sachverständige abhoben (vgl. Der amerikanisch-schweizerische Uhrenkonflikt, Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 65 vom 6. März 1960). Ungeachtet Trumans außenhandelspolitischer Argumentation sei indessen 1954 der nationalen Sicherheit wegen dem Schutzbegehren stattgegeben worden. Daß die Importverteuerung im ganzen nicht die erhoffte Wirkung zeitigte, wenn sich auch die Nachfrage mehr auf billigere Uhren verlagerte, überrascht fast nicht minder als die schonungslose Kritik an der schnellen Kursänderung; im Anschluß an einen zitierten Bericht, wonach Präsident Eisenhower bereits vier Zollempfehlungen verworfen habe, wird nämlich der Verdacht geäußert, daß das Sicherheitsargument faktisch nur einen Deckmantel für die Beschwichtigung der Protektionisten bilde, und ergänzend noch hinzugefügt, die Schweiz sei deswegen „vielleicht“ nicht zufällig das Opfer gewesen, weil etwaige politische Schwierigkeiten von Bern aus nicht die westliche Allianz tangiert haben würden. Sobald man freilich Kenntnis erlangt von der im gleichen Jahre auf Grund der Antitrust-Gesetze erhobenen, vom Verfasser übrigens nicht berücksichtigten Klage wegen Preisabsprachen und monopolistischer Praktiken gegen eine Reihe von in den USA ansässigen Uhrenimport-

firmen nebst Interessenvertretungen wie auch gegen schweizerische Uhrenfabriken und -organisationen, wovon der Prozeß gegen die erstgenannte Gruppe vor kurzem durch Vergleich beigelegt wurde, möchte man meinen, keineswegs der Zufall hat irgendwie in das Geschick der Konkurrenz eingegriffen, zuzuschreiben ist die volle Verantwortung neben den protektionistischen Einflüssen wohl eher der bis zu gewissem Grade konservierten Verstimmung der amerikanischen Politik über die durch Hüten der Neutralität und Unabhängigkeit fixierte Haltung der Schweiz in bezug auf die verschiedenen zwischenstaatlichen Institutionen und Pläne, und in der Annahme muß die mehrfach eingeflochtene Erhellung des rein politischen Hintergrundes jeden Unbefangenen geradezu bestärken. Wie tief das Mißfallen der Eidgenossenschaft gegenüber und die Idee von deren Bestrafung im amerikanischen Europa-Konzept anfänglich wurzelten, besiegelten nach dem Currie-Abkommen erneut die Washingtoner Verhandlungen von 1946, an denen nach vorausgegangenem Drohen mit Verlängerung der schwarzen Listen und der Sperre schweizerischer Anlagen in den USA wohl oder übel hätte teilgenommen werden müssen. Als der Berner Regierung dann auf die Bedenken wegen der Rechtmäßigkeit der beanspruchten Herausgabe des deutschen Goldes und Privateigentums noch die Verschonung von materiellen Einbußen im Kriege vorgeworfen worden sei, habe sie ohne Sanktionierung des alliierten Postulates, doch von der Aussichtslosigkeit des Rechtsstandpunktes durchdrungen, eine Kompromißlösung in Gestalt eines freiwilligen Beitrages zum Wiederaufbau Europas zu erreichen versucht. Warum die letztendlich abgeschlossene Vereinbarung, derzufolge sich die Schweiz an Stelle des Goldes usw. zur Zahlung von verglichen mit der ursprünglichen Taxierung stark reduzierten Beträgen verpflichtete und die USA zur Aufhebung der schwarzen Listen und der Vermögenssperre, „another great diplomatic defeat“ für Bern sein soll, den Beweis für die Hypothese bleibt immerhin Erdman offensichtlich schuldig. Ruft der Tadel, die schweizerische Wirtschaft habe am Kriege auf Kosten der Alliierten übermäßig verdient, nicht zwangsläufig in Erinnerung, daß sich die USA zwischen 1914 und 1918 vom Schuldner zum Gläubigerland verwandelten und bis 1941 durch Rüstungslieferungen ebenso Gewinne einheimsten? Was wäre überdies passiert, wenn die Schweiz vorzeitig die Ausfuhr nach Deutschland eingestellt hätte? Jedenfalls wurde mit Erkaufen des vermeintlichen Sieges unter Preisgabe von „highly regarded“ Prinzipien durch den Vorkämpfer der Menschenrechte politisch und wirtschaftlich, gelinde ausgedrückt, ein folgenschwerer Fehlgriff begangen. Auch dem Verfasser bereitet diese Abkehr von fundamentalen Rechtssätzen anscheinend Unbehagen, sonst würde er wohl nicht nachgetragen haben, daß die Bedrohung mit Konfiszierung des schweizerischen Goldes und mit zeitlich unbegrenzter Sperrung schweizerischer Guthaben in den USA als „sehr paradox“ heutzutage erscheine, wo die USA selbst immer wieder gegen die in fremden Staaten praktizierte Mißachtung der Unantastbarkeit von privatem Eigentum protestieren würden. Doch

nicht genug, die Paradoxie steht inzwischen im Begriffe, zu einem grotesken Unikum der Weltgeschichte zu werden, wie teils an Hand der Schrift noch in Kürze notiert sei: Während die von ihrer Auffassung kein Jota abgerückte Schweiz infolge kräftiger Erholung der Wirtschaft und nicht zuletzt infolge des mit den politischen Spannungen und der Rekonstruktion eines Bündnissystems westlicher Prägung einhergehenden Gesinnungswechsels der USA gegen Deutschland eine Revision des Washingtoner Abkommens durchsetzen konnte und 1952 unter die Angelegenheit der deutschen Vermögenswerte in der Schweiz definitiv der Schlußstrich gezogen wurde, verblieb ungelöst nach wie vor die Auseinandersetzung um die schweizerische Holdinggesellschaft Interhandel, an der bis 1940 die IG Farben beteiligt war und deren Besitz von Aktien der General Aniline and Film Corporation darum 1942 von der US-Regierung beschlagnahmt worden ist. Nachdem sich aber die amerikanische Regierung konstant der Aushändigung dieser Aktien widersetzte und auch die in der Sache geführten Prozesse vor US-Gerichten vorerst samt und sonders negativ ausgingen, weil für den Nachweis, daß die Interhandel wirklich schweizerisches Eigentum sei, zu der Unzahl von Dokumenten noch auf Vorlage bestimmter Papiere einer Basler Bank beharrt wurde, der Berner Bundesrat die Erfüllung des Ansinnens wiederum u. a. mit Rücksicht auf das Bankgeheimnis unterband und auf die Weise den Fall zu einem hochoffiziellen Intermezzo machte, stieg deshalb 1957 Klage beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Der Gerichtshof hat sich nun im März 1959 für zuständig erklärt, das Verfahren allerdings solange ausgesetzt, bis der in den USA noch anhängige Prozeß entschieden ist. Sollte die dortige Klage abermals abgewiesen werden, so würde alsdann das eintreten, was der Verfasser befürchtet, nämlich daß die Prüfung der Streitigkeit ein Richterkollegium übertragen bekäme, zu dem Vertreter von Staaten gehören, die sich bekanntermaßen nicht unbedingt dem verbrieften Recht des Privateigentums beugen. Und dem Risiko mit Eleganz auszuweichen, hatte das US-Repräsentantenhaus vor Monaten beste Gelegenheit, als es über die Verwendung des konfiszierten deutschen Vermögens befinden mußte. Wenn man sich hierbei auf Freigabe oder Entschädigung des deutschen Eigentums geeinigt haben würde, und die Hoffnung hegte Erdman, wäre unter die Entscheidung auch die Interhandel-Affäre mitsamt ihrer unter Umständen überaus leidigen Konsequenz gefallen. Frage: Wird die beschlossene Enteignung ohne jeglichen Schadensersatz als Schulbeispiel des Westens nicht die vorerwähnten und die „new“ Länder zu Eigenmächtigkeiten förmlich ermuntern?

Arthur Dissinger - Ravensburg

L a u m , B e r n h a r d : *Das Urbild der Volkswirtschaft*. (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart Nr. 210/11.) Tübingen 1957. Verlag von I. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 84 S.

Begriffsgeschichtliche Untersuchungen sind aktuell geworden. Seit 1955 erscheint ein Archiv für Begriffsgeschichte. Ungeachtet der

üblich gewordenen Kritik am Historismus ist man sich wissenschaftstheoretisch dessen bewußt geworden, daß die Kategorien des Denkens sich wandeln, eine Geschichte aufweisen, worauf als erster kein Geringerer als Hegel hingewiesen hat. Es ist daher auch sehr zu begrüßen, daß L. aus Anlaß der 150jährigen Wiederkehr der Wortschöpfung „Volkswirtschaft“ eine solche, dem Werden wirtschaftlicher Begriffe gewidmete Studie vorlegt. Bekanntermaßen haben Jakob und Soden zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Abwendung von der Staatswirtschaftslehre alten Stils den Begriff Nationalökonomie eingeführt, und es ist Gottlieb Hufeland gewesen, der 1807 den Begriff Volkswirtschaft vorschlägt, und dann hat ja vor allem Rau die Begriffe Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik in Deutschland heimisch gemacht. Mit Recht führt L. aus, daß Hufeland in Jena unter dem Einfluß des dortigen idealistisch-romantischen Ideengutes die Anregung zur Konzeption des Begriffes Volkswirtschaft erhalten hat. Sorgfältig wird die Entwicklung der Begriffsbildung bei Rau verfolgt. In den folgenden Ausführungen liegt L. vor allem daran, auf den Zwiespalt in der Begriffsbildung Volkswirtschaft hinzuweisen, der in der Spannung zwischen einer individualistisch-marktwirtschaftlichen und einer ganzheitlich-organischen Auffassung des Sachinhalts besteht. Die Abschnitte „Volkswirtschaft als Teilglied der Volkskultur“, „Die Wirtschaft des Volkes“ und „Die Wirtschaft des Volkes als Wirtschaftseinheit“ zielen allerdings dann, von der ursprünglich geistesgeschichtlichen Linie abweichend, auf die Grundlegung zu einem dieser Schrift folgenden Hauptwerk „Schenkende Wirtschaft“ ab mit der gemeinwirtschaftlichen These: „Ist die moderne Volkswirtschaft eine Erwerbswirtschaft“, so ist die Wirtschaft des Volkes eine „schenkende Wirtschaft“. Zu bedauern ist, daß der wertvolle dogmengeschichtliche Ansatz nicht mit genügender Ausführlichkeit weiterverfolgt worden ist, damit die verschiedenen Stadien, die der Begriff Volkswirtschaftslehre bis hin zur Sozialökonomik durchgemacht hat, klarer in Erscheinung treten. Dennoch ist festzustellen, daß eine sehr wertvolle Untersuchung vorliegt, auf deren Fortsetzung in dem angekündigten Hauptwerk man gespannt sein kann.

Friedrich Bülow - Berlin

La u m , B e r n h a r d : *Schenkende Wirtschaft*. Nichtmarktmäßiger Güterverkehr und seine soziale Funktion. Frankfurt a. M., 1960. Verlag Vittorio Klostermann. 495 S.

Der bekannte Wirtschaftshistoriker behandelt in diesem umfangreichen Werk eine Art der Güterbewegung, genauer der Distribution, die so gründlich und umfassend noch nicht bearbeitet worden ist. Entgegen dem Wort Schumpeters: „Das Geschenk ist keine ökonomische Kategorie“ zeigt der Verfasser, welche große Bedeutung Geschenke und Schenkungsaktionen seit je in der Wirtschaftsgeschichte gehabt haben. Diese in der Wissenschaft bisher wenig beachtete Art der Güterübertragung hat im zwischenstaatlichen Verkehr nach dem zweiten Weltkrieg ein enormes Ausmaß angenommen. Der Marshall-

Plan und die amerikanisch-europäische Hilfe für die Entwicklungsländer sind die augenfälligsten Beispiele dieser nicht geschäftsmäßigen, außermarktwirtschaftlichen Güterbewegung. So ist es sicher richtig, wie Laum es tut, dem „Geschäftsverkehr“ den „Geschenkverkehr“ gegenüberzustellen (20).

Der Gedankengang ist systematisch gegliedert. Nach einer Klärung der Grundbedeutung und des Bedeutungswandels des Wortes „Wirtschaft“, das in seinem ursprünglichen Sinn auf ein Gemeinschaftsmahl, auf ein Gastmahl, hinweist, und nach einer Klärung des Begriffes „Schenken“ behandelt der Verfasser die mannigfaltigen sachlichen Probleme, die mit Art, Zeitpunkt und Form des Schenkens verbunden sind. In jedem Kapitel nimmt die historische Darstellung selbstverständlich den breitesten Raum ein. In Verfolg der von Laum meisterhaft gehandhabten philologischen Methode, wobei Wort und Begriff bis zu ihrem historischen Ausgangspunkt erforscht werden, kommt der Verfasser gleich anfangs zu dem Ergebnis, daß im Sprachgebrauch des deutschen Mittelalters „schenken“ und „wirtschaften“ den gleichen Sinn haben. Der Gastgeber ist der Gastwirt. Der Gastwirt wird auch Schenkwirt genannt. „Demzufolge trägt also ein Buch, in dem dieser Typ der Wirtschaft, dessen Eigenart darin besteht, daß in ihr der Trieb zum Schenken eine dominierende Funktion ausübt, dargestellt wird, seinen Titel: ‚Schenkende Wirtschaft‘ zu Recht.“

In dem Abschnitt „Die Wechselseitigkeit des Gebens und Nehmens beim Schenken“ weist der Autor auf die soziale Funktion des Schenkens hin. „Die Hergabe des Geschenkes hat dem Geber eine Substanzminderung gebracht, die einen Ausgleich von seiten des Empfängers verlangt. ... Hier wird ein Gesetz sichtbar, das im organischen Lebensprozeß überhaupt gilt“ (108). Wenn Gegenseitigkeit bei der Ordnung der Gesellschaftsbeziehungen oberste Norm ist, so ist dieser Gedanke gerade auch im Geschenkverkehr, besonders in Sitte und Brauch der Naturvölker (hier ausnahmslos) lebendig.

Das geschenkweise Austauschen von Gütern und Leistungen äußert sich im intrasozialen Bereich in der gegenseitigen Hilfe, in der gegenseitigen Unterstützung bei der Arbeit und im Einstehen füreinander im Kampf.

Der wirtschaftstheoretisch und wirtschaftspolitisch interessierte Leser dürfte seine Aufmerksamkeit besonders den historisch-soziologischen Untersuchungen über „Das Verhältnis zwischen Geschenk und Lohn“, sowie dem Abschnitt „Gibt es Steuern, die Geschenke sind?“ widmen. Der XXI. Abschnitt: „Das Problem der geschenkten Wirtschafts- und Waffenhilfen“ führt uns in die weltpolitischen Auseinandersetzungen der Gegenwart. In dem Schlußabschnitt: „Ausblick auf das Problem der Entwicklungshilfe“ kann der Verfasser noch einmal die Aktualität seines Themas beweisen. (Es ist nur schade, daß das Wirtschaftssystem der westlichen Welt als Privatkapitalismus bezeichnet und verstanden wird. Unter diesem Gesichtspunkt muß die Position der Sowjets natürlich als günstiger angesehen werden.)

Im Ganzen betrachtet, ist das Buch ein Gewinn für die Wirtschaftswissenschaften jeder Sparte. Es ist allen zu empfehlen, die sich um ein tieferes Verständnis des Wesens der Wirtschaft und des Sinnes wirtschaftlichen Verhaltens bemühen. Herbert Schack - Berlin

Scherhorn, Gerhard: *Bedürfnis und Bedarf*. Sozialökonomische Grundbegriffe im Lichte der neueren Anthropologie. (Beiträge zur Verhaltensforschung, herausgegeben von Günter Schmölders, Heft 1.) Berlin 1959. Duncker & Humblot. 112 S.

In diesem ersten Heft der von Schmölders edierten „Beiträge zur Verhaltensforschung“ werden die Begriffskategorien des Bedürfnisses und des Bedarfs empirisch-anthropologisch (im Sinne der modernen Konsumtheorie und Verhaltensforschung) auf ihren sozialökonomischen Erkenntnisgehalt untersucht. Beweishilfe leisten nahezu alle Einzeldisziplinen, die sich um die Anthropologie als Mittelpunkt scharen. Einleitend demonstriert der Autor den Zusammenhang zwischen Bedürfnisbegriff und Menschenbild an der Zeitgebundenheit der Wirtschaftstheorie und speziell an den Wandlungen der Bedürfnislehre. Die anschließende Gegenüberstellung des tierpsychologischen Instinkt- und des anthropologischen Bedürfnisbegriffs folgt weithin den von Tinbergen, Katz und Gehlen vorgezeichneten Bahnen und führt zu einer kritischen Bestandsaufnahme bedürfnispsychologischer Einsichten (Restitution und Selbstexpansion, Trieb und Bedürfnisdominanz, Sucht als Bedürfnisentartung u. a. m.). Dem Vorrang der sozialpsychologischen Komponente entsprechend behandeln die beiden Schlußkapitel die gesellschaftlich-kulturellen Bedingungen menschlichen Bedürfnisses und Verhaltens unter der Einwirkung sozialer Normen sowie von Institutionen und Gewohnheiten. Gelten die Momente der „Plastizität“ und der „Stabilisierung“ als Hauptmerkmale des hier dargelegten Bedürfnisbegriffs, so „muß der Bedarf als wandelbar, gesellschaftlich vermittelt, normbestimmt und habitualisierbar aufgefaßt werden“ (S. 9, ähnlich S. 84 f.).

Sicherlich rührt dies alles an die Grundlagen der Wirtschaftstheorie, und es ist verdienstvoll, daß Scherhorn am elementarsten Objekt von Bedürfnis und Bedarf die ganze Breite und Tiefe der Verhaltensforschung, ihr spezifisches Aussagevermögen für die Nationalökonomie und ihr unentbehrliches Arsenal „anthropologischer Hilfswissenschaften“ kenntnisreich expliziert hat. In einigen wesentlichen Thesen stimmt der Rezensent (Art. „Bedürfnis“, HWB I, 1956, Sp. 563 f.) mit dem Autor völlig überein. Doch manches erscheint anfechtbar: Die calvinistische Verherrlichung des Wirtschaftserfolges (S. 17) ging einher mit der Maxime „innerweltlicher Askese“; Bedarf auf Bedürfnisse zurückzuführen, ist wohl nicht bloße „akademische Spielerei“ (S. 85); und von Pareto ist leider nirgends die Rede. Aus zweiter Hand sollte man nicht ohne Not zitieren. Das Bülow-Zitat S. 16 f. wurde im Druck unglücklicherweise arg verstümmelt.

Antonio Montaner - Mainz

Lauterbach, Albert: *Mensch — Motive — Geld*. (Internationale Sozialwissenschaftliche Bibliothek.) Stuttgart und Düsseldorf 1957. Ring-Verlag. XII, 355 S.

Das aus dem Amerikanischen übersetzte, George Katona und seiner Forschungsrichtung verpflichtete Werk bietet Untersuchungen zur Psychologie des wirtschaftlichen Handelns, wie sie seit Veblen und dem Institutionalismus als Bindeglied zwischen Wirtschaftswissenschaft und Psychologie, als Krönung der Verhaltensforschung heraufgekommene sind und in der Motivforschung der Marktforscher als Motivationslehre Gestalt gewonnen haben, ein wissenschaftlicher Bereich, den L. Robbins auf Grund seiner orthodoxen Haltung als „glückliches Jagdrevier für den Scharlatan und Quacksalber“ bezeichnet. Die Aufstellung von grundlegenden psychologischen Gesetzen durch Keynes hat das Mißtrauen gegenüber einer Psychologisierung der Wirtschaftswissenschaft eher verstärkt als abgeschwächt. Dennoch läßt sich nicht verleugnen, daß dieser Zweig der Forschung im Vormarsch begriffen ist, insbesondere auch bei den Betriebswirtschaftslehrern. In Deutschland hat als erster Adolph Wagner eine Motivationslehre geboten. Im Sinne von Motiv als eines seelischen Antriebs zum Handeln, der im Denken seine Verankerung hat, will L. „die Aufmerksamkeit des Lesers auf die seelischen Vorgänge lenken, die wichtige Geschehnisse des Wirtschaftslebens bestimmen oder begleiten. Besonders wird versucht, die Komplexität, Wandelbarkeit und Elastizität der Motivierungen herauszubringen, die die wirtschaftlichen Entscheidungen und Handlungen in unserer Zeit leiten“. Drei Hauptprobleme werden behandelt: 1. Inwieweit folgt geschäftliches Verhalten in der bestehenden Gesellschaft tatsächlich jenen Regeln beim Fällen wirtschaftlicher Entscheidungen, die die ökonomische Analyse der Wissenschaft angenommen hat? 2. Wie wirkt wirtschaftliche Instabilität auf wirtschaftliches Handeln? Auf welche Weise könnten Wirtschaftsreformen die Hoffnung bieten, die sozialen Ursachen persönlicher Unsicherheit zu vermindern? 3. Welche Charaktereigenschaften bringen den Menschen dazu, aktives Interesse an den verschiedenen Wirtschaftsreformen zu nehmen? Die Antwort auf die erste Frage, die den Hauptgegenstand der beiden ersten Kapitel des Buches bildet, lautet, daß wirtschaftliches Verhalten den Annahmen der überlieferten Wirtschaftstheorie nicht entspreche. Motive seien vielfältig, veränderlich und zum Teil außerökonomischer Natur. Auf die zweite Frage antwortet der Verf., daß wirtschaftliche Instabilität eine wichtige Ursache persönlicher Unsicherheit sei, und persönliche Unsicherheit habe Rückwirkungen auf sozialökonomische Einstellungen und Verhaltensweisen. Diese Wechselwirkung wird belegt durch den „Fall der Frau X“, der im Anhang beigelegt ist und der deswegen interessiert, weil hier ein Mensch durch den Zwiespalt zwischen rein wirtschaftlichen Interessen und religiösen wie sozialem ethischen Normen in Gefahr gerät. Die dritte Frage beantwortet der Verf., indem er ausführt, daß die Einstellung des Menschen zu den wirtschaftlichen Einrichtungen und zu den Wirtschaftsreformen seiner Weltanschauung und seinen Charakterzügen

entspringe, also nicht logisch begründet sei. Im Kapitel 5 faßt L. die Ergebnisse seiner Untersuchung zusammen und zieht Schlußfolgerungen: Wirtschaften ist menschliches Verhalten, und dieses menschliche Verhalten in der Wirtschaft kann nur durch Wirtschaftspsychologie erfaßt werden. Es wird daher von L. eine Integration der Wirtschaftswissenschaft mit der Wirtschaftspsychologie angestrebt. „Die Psychologie kann natürlich nicht die Wirtschaftswissenschaft als eine Methode zum Verständnis materieller Vorgänge in der Gesellschaft ersetzen, und jeder solche Anspruch der Psychologie würde die Sozialwissenschaften auf Abwege führen.“ Umgekehrt könne aber die Wirtschaftswissenschaft die Forschungen der Psychologie nicht entbehren. Thesenartig werden dann am Schluß die Ergebnisse zusammengefaßt. Die angestrebte Integration werde „mithelfen, die Ökonomie zu einer realistischen und sozial nützlicheren Disziplin als bisher zu machen. Sie wird den Beitrag der Ökonomie zum Verständnis des Menschen und seiner Gesellschaft im Interesse ständiger Verbesserung der Lage beider wesentlich erhöhen“. Die Stärke des Werkes liegt in den vielerlei Problemen, die angeschnitten werden. Sehr wertvoll ist der umfangreiche Literaturnachweis.

Friedrich Bülow - Berlin

Littmann, Konrad: *Zunehmende Staatstätigkeit und wirtschaftliche Entwicklung*. (Wirtschafts- und finanzwissenschaftliche Forschungen, Band 1.) Köln und Opladen 1958. Westdeutscher Verlag. 188 S.

Das zuerst von Adolph Wagner gesehene und entsprechend dem wissenschaftstheoretischen Charakter der damaligen Zeit als Gesetz formulierte Problem der wachsenden Ausdehnung der Staatstätigkeit bzw. des Staatsbedarfs wird in der vorliegenden Untersuchung von L., einem Schüler Jechts, auf die Höhe moderner sowohl wirtschaftstheoretisch wie finanzpolitisch gesicherter Betrachtung gehoben. Im Gegensatz zur Fragestellung der „functional finances“, die unter dem Einfluß von Keynes die kurzfristigen Kreislaufbeziehungen zu Grunde legt, ist hier das Hauptaugenmerk auf die langfristigen Zusammenhänge zwischen öffentlicher Wirtschaft und Marktwirtschaft gerichtet. Die Auswirkungen des langfristigen Anwachsens der Staatstätigkeit auf den säkularen Entwicklungstrend der Gesamtwirtschaft sollen das Hauptthema bilden. Das erste Kapitel „Vom Dogma zum Problem“ stellt an Hand des historischen Materials „die dogmatischen Grundpositionen“ dar, um im zweiten Kapitel das Problem der Entwicklung in Angriff zu nehmen; denn es soll ja die Frage beantwortet werden, welche Beziehungen und Zusammenhänge zwischen staatswirtschaftlicher Tätigkeit und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung bestehen. Entwicklung wird im Anschluß an Schumpeter als „Veränderung der Bahn, in welcher sich der Kreislauf erfüllt“, begriffen, liege aber erst dann vor, wenn Änderungen eintreten die nicht auf Datenvariationen mit anschließender Wiederherstellung des stationären Ablaufes beruhen. Absichtlich ist der Be-

griff Entwicklung denkbar weit gefaßt, alles außerhalb der stationären Wirtschaft in sich schließend. Zwei Fragen stehen im Mittelpunkt:

1. In welcher Weise beeinflußt steigende staatliche Aktivität das Einkommen, die Investition und den Konsum?

2. Wie wirkt steigende staatliche Aktivität auf die marktwirtschaftlichen Kräfte, die die wirtschaftliche Entwicklung hervorrufen? Folgerichtig schließt sich im dritten Kapitel die Frage an: Vermögen steigende Steuerlasten derart auf die Kräfte der Entwicklung zu wirken, daß das wirtschaftliche Wachstum gehemmt wird, wenn nicht gar zum Erliegen kommt? Das Ergebnis lautet: 1. Steigende Besteuerung reduziert die Zuwachsraten der privat verfügbaren Ersparnisse. 2. Steigende Steuern belasten die Gewinne der einzelnen Unternehmen nicht gleichmäßig, sondern in differenzierender Weise. 3. Steigende Steuern veranlassen die Wirtschaftssubjekte, vor allem die Unternehmer, stärker ihr Verhalten auf die staatswirtschaftlichen Daten auszurichten, d. h. steuerrational zu handeln. Es folgen im vierten Kapitel die Grundprobleme einer Theorie der Staatsausgaben. Drei wirtschaftliche Funktionen der modernen Staatswirtschaft werden unterschieden: Produktion, Verbrauch und Einkommensumverteilung (Redistribution). Den Abschluß bilden Ausführungen über Einwirkungen staatlicher Aktivität auf das Wachstum. „Im säkularen Wachstum hat der Staat die Funktion der dominierenden Wirtschaft übernommen, und von dem Verhalten der öffentlichen Willensträger wird daher der Wohlstand der Gesellschaft in immer stärkerem Maße abhängen“ (S. 169). Mit dem Buche Littmanns ist in sehr eindrucksvoller Weise eine Problematik in Angriff genommen worden, deren Ausgestaltung weiteren Forschungen überlassen bleibt.

Friedrich Bülow-Berlin

Peters, Hans: *Die unterschiedlichen Auffassungen von der Wirkung des Sparens und die moderne Wachstumstheorie*. Versuch einer Synthese. (Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, hrsg. v. Fritz Voigt, Band 11.) Berlin 1960. Duncker & Humblot. 120 S.

Das Thema ist ebenso reizvoll wie aktuell. Seine Behandlung entspricht einem echten wissenschaftlichen Bedürfnis nach Klärung der seit Jahrzehnten in Gang befindlichen Diskussion über die Fehler und Unzulänglichkeiten der klassischen Nationalökonomie, der traditionellen Wirtschaftstheorie des 19. Jahrhunderts und der durch J. M. Keynes begründeten neuen Wirtschaftstheorie. Der Erfolg, hierbei echte Erkenntnisfortschritte zu erzielen, kann nicht von dem Wunsch bestimmt werden, Unterschiede zu überbrücken und Gegensätze auszugleichen. Der Verf., der den Versuch eines Ausgleichs unternimmt, findet ein echtes, glückliches Moment in dem Wachstumsphänomen und der ihr gewidmeten modernen Wachstumstheorie.

Seine Behandlung der traditionellen Wirtschaftstheorie des 19. Jahrhunderts ist äußerlich und inhaltlich zu knapp geraten. Deshalb bleibt auch die Darstellung der traditionellen Begriffe von Kapital, Sparen

und Investieren (S. 12—15) unbefriedigend, ebenso „die seit der Jahrhundertwende entwickelte Kredittheorie“ (S. 27 f.). Von Keynes sagt der Verf., seine Theorie sei „unter dem Eindruck der großen Weltwirtschaftskrise“ durch die Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs zu Anfang der dreißiger Jahre veranlaßt (S. 29 f.), er habe mit den Begriffen Sparen und Investieren viel Verwirrungen hervorgerufen. Der Verf. meint, der „scheinbare Widerspruch löst sich jedoch, wenn berücksichtigt wird, daß Gleichgewicht zweier Größen nicht auch Gleichgewicht zwischen diesen Größen bedeutet“ (S. 33). Gemeint ist in diesem Zitat das Begriffspaar Sparen und Investieren; hier bedient sich der Verf. eines Hinweises auf A. Paulsen. Was bleibt aber von dem Begriff der Größengleichheit, wenn in echter Sophistik behauptet wird, gleiche Größen seien nicht notwendig gleichgewichtig? Die Gleichheit hat hier doch nur den Sinn der Identität und keineswegs nur den der Gleichnamigkeit. Ein Meter Bettzeug und ein Meter Goldbrokat sind zweifellos maßgleich und nicht gewichts- oder wertgleich. Mark ist gleich Mark, ob gewonnen oder verloren, gespart oder investiert. Wer Keynes hier die Gleichnamigkeit andichtet, verfährt schlecht mit ihm. In seiner Argumentation verschiebt der Verf. wiederholt die Prämissen der verkehrswirtschaftlichen Ordnung. Aber darin bleibt trotz des Eifers seiner Nachbeter der Meister Keynes unübertroffen.

Die eigentliche Brücke zur Versöhnung der Gegensätze, nämlich die moderne Wachstumstheorie, ist doch etwas zu schmal und zu schwach geraten. Das Thema bleibt locker, die Basis schwankend, die Interpretation einseitig, jedoch wirkt der Grundgedanke auch in diesem knapp angelegten Versuch ausgleichend und versöhnlich, zumal der Verf. sich vor Übersteigerungen gehütet hat.

H a n n s L i n h a r d t - N ü r n b e r g

Wirtschaftsprognose und Wirtschaftsgestaltung. Internationale Tagung der Sozialakademie Dortmund. Herausgegeben von Hans Bayer. Berlin 1960. Duncker & Humblot. 318 S.

Das im Titel dieser Publikation wiederkehrende Generalthema der Internationalen Tagung 1959 der Sozialakademie Dortmund wurde von den Referenten und Diskussionsrednern dreifach variiert, nämlich (1.) im einzelnen Unternehmen und Unternehmensverband, (2.) in der Volkswirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Finanzwirtschaft und (3.) im internationalen Rahmen und vor allem im Hinblick auf die Entwicklungsländer. Zum andern spannten die Referate den Bogen von mikroökonomischen Untersuchungen bis zu den Problemen der Wirtschaftsverfassung, wobei die entscheidenden Fragen u. a. jene waren, ob Ersatz- und Neuinvestitionen der Unternehmen antizyklisch gestaltet werden können oder die konjunkturellen Schwankungen verschärfen müssen, ob marktbeherrschende Unternehmen und Unternehmenszusammenschlüsse eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik erleichtern oder erschweren und wie die Einsichten moderner Wirtschaftswissenschaft und -politik den Entwicklungslän-

dern zugute kommen können. Die neun Vorträge der Tagung, deren Texte den Hauptinhalt dieses Sammelbandes ausmachen, können der hier gebotenen Kürze halber nur unter Erwähnung der Berichterstat-ter aufgezählt werden: H a n s B a y e r, „Die Spannung zwischen Einzel- und Gesamtwirtschaft bei Prognose und Gestaltung“; T. P a u l s s o n F r e n c k e r, „Die Unsicherheit in der Betriebsplanung und die Kontrolle der Programmverwirklichung“; H e l m u t K o c h, „Probleme unternehmerischer Prognose“; E r i c h P o t t h o f f, „Wirtschaftsplanung im Unternehmerverband“, T h o r s t e n O h d e, „Wirtschaftsplanung und Genossenschaftswesen“; P i e t e r d e W o l f f, „Wirtschaftsprognose als Grundlage der Volkswirtschaftspolitik unter besonderer Berücksichtigung der niederländischen Verhältnisse“; A b r a m M e y, „Konjunkturpolitik und Wirtschaftsprognosen bei der Betriebsführung von kommunalen und staatlichen Unternehmungen“; P i e t r o B a t t a r a, „Wirtschaftsprognose und Konjunkturpolitik im Bereich der staatlichen Finanzwirtschaft“; J a n T i n b e r g e n, „Wirtschaftsprognose und Wirtschaftsplanung im Dienste der Industrialisierung von Entwicklungsländern“. Außerdem wird über die inhaltsreiche und lebhaftete Diskussion zu den einzelnen Referaten berichtet, während die Wiedergabe des Schlußwortes von H a n s B a y e r hier auch dem Leser als Zusammenfassung der Einzelbeiträge und der Ergebnisse der Konferenz im ganzen dienen kann. Bewegte sich schon die Tagungsarbeit auf hohem Niveau, so wird auch dieses stattliche, durchgängig zuverlässige Protokoll dankbare und interessierte Aufnahme in Wissenschaft und Praxis des In- und Aus-landes finden.

A n t o n i o M o n t a n e r - M a i n z

K a s t e n, H a n s: *Faktorelastizität und Beschäftigungsverlauf.* (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 42.) Berlin 1959. Duncker & Humblot. 84 S.

Seit Keynes' „General Theory“ hat es sich weithin eingebürgert, die gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsschwankungen von Veränderungen der wirksamen Gesamtnachfrage herzuleiten, wobei die Angebotsfunktion nur die Grenzen der Beschäftigungsexpansion absteckt. Entgegen dem von Keynes mehrfach wiederholten Hinweis, daß die Elastizität der Beschäftigung gering und somit auch der Einfluß der effektiven Nachfrage auf die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung nur beschränkt wirksam sei, wurde bislang gewöhnlich mit der Annahme einer voll elastischen Beschäftigung operiert. Kasten legt dar, daß diese Bedingung in der Wirklichkeit meistens nicht erfüllt ist: Wie auch die westdeutsche Umsatz- und Beschäftigtenstatistik erkennen läßt, „steigt in Zeiten der Unterbeschäftigung die Beschäftigung bei Steigerung der Gesamtnachfrage nur stark verzögert mit, während in Zeiten der Vollbeschäftigung ein Steigen der Gesamtnachfrage nur noch eine geringe Ausdehnung der Beschäftigung und ein Sinken der Gesamtnachfrage nur ein verzögertes Sinken der Beschäftigung erreicht“ (S. 9). Der Autor sucht nun die Tragweite der Beschäftigungselastizität für den Beschäftigungsverlauf zu erklären

und geht hierbei von den Determinanten der Beschäftigungselastizität aus, beschränkt jedoch seine Studie auf die Rolle der Angebotselastizität der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital, was methodisch den Vorteil einträgt, daß die hier durchgeführte Mengenanalyse die Wirkungen von Faktorpreisänderungen mit einschließt. Nach gründlicher Erörterung der Ursachen für die Unelastizität des Arbeits- und Kapitalangebots und der Brauchbarkeit des „Beschäftigungsaccelerators“ als Meßinstrument wird die Bedeutung der Angebotsunelastizität dieser beiden Produktionsfaktoren am Phasenablauf des Beschäftigungszyklus demonstriert und abschließend die konjunkturpolitisch entscheidende Frage beantwortet, ob und inwieweit die Beschäftigungsschwankungen bei stetiger Vollbeschäftigung nivelliert werden können. Die bei aller Konzentration gedanklich wie stilistisch klare Schrift stellt einen nützlichen Beitrag zur Beschäftigungstheorie und zugleich eine Warnung vor ihrem allzu schematischen Gebrauch dar.

Antonio Montaner - Mainz

Marquardt, Wilhelm, und Strigel, Werner: *Der Konjunkturtest*. Eine neue Methode der Wirtschaftsbeobachtung. (Schriftenreihe des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 38.) Berlin 1959. Duncker & Humblot. 224 S.

Die beiden Autoren dieser Schrift haben schon wiederholt in Vorträgen und Abhandlungen über die Grundlagen und Ergebnisse des Konjunkturtestverfahrens berichtet, das vom Münchener Ifo-Institut seit der Jahreswende 1949/50 als Repräsentativerhebung unter Verzicht auf absolute Zahlen zur „systematischen Erschließung des Wissens, der Ansichten sowie der Pläne und Erwartungen der Teilnehmer für die Wirtschaftsbeobachtung“ (S. 11) in den Bereichen der Industrie, des Groß- und Einzelhandels und seit 1956 auch der Bauwirtschaft entwickelt und immer mehr verfeinert und erweitert worden ist. Die Zahl der mitarbeitenden Firmen hat inzwischen rund 8000 erreicht, deren freiwillige Mitwirkung dem dringenden Interesse der betrieblichen Praxis an einer zeitnahen Information über die konjunkturelle Lage in den verschiedensten Marktbereichen zu danken ist. Die monatlich erscheinenden „Konjunkturspiegel“ umfassen Tatbestände der Vergangenheit sowie Erwartungen und Pläne und von Fall zu Fall wechselnde Sonderfragen, bei denen gelegentlich das Prinzip der reinen Tendenzanalyse zugunsten quantitativer Antworten (auf sog. Basis-, Ergänzungs- und Auftragsfragen, S. 27) durchbrochen wird. Die vorliegende Publikation stellt einleitend den Ausgangspunkt und die Wesenszüge des Konjunkturtestverfahrens dar und setzt sodann die Methode und Technik der Befragung, die Kontrolle der Ergebnisse und die Quantifizierung der meist „dreiwertigen“ Tendenzangaben (S. 59 ff.) auseinander. Was die Aufbereitung und Auswertung der Resultate betrifft, die statistisch sorgfältig abgesichert und solide erschlossen werden, so zeigen die Verf., welchen Nutzen der Konjunkturtest für die betriebliche Markterkundung, die

Wirtschaftsbeobachtung und die Verhaltensforschung besitzt. Im letzten Abschnitt referieren Marquardt und Strigel über andere Tendenzbefragungen in Deutschland und über gleiche oder ähnliche Testverfahren in vierzehn europäischen und außereuropäischen Ländern. Zahlreiche Graphiken und schematische Übersichten im Text und im Anhang erhöhen die Anschaulichkeit dieses durchgängig präzise und klar formulierten Erfahrungs- und Informationsberichtes, der auch die Grenzen des Konjunkturtestverfahrens kundtut und ihm noch vermehrte Beachtung in Wissenschaft und Praxis eintragen dürfte.

Antonio Montaner-Mainz

Baumol, William J.: *Business Behavior, Value and Growth*. New York 1959. The Macmillan Company. 164 p.

Baumols neuestes Buch ist bei weitem nicht von der inneren Geschlossenheit der Gedankenführung, die seine „Economic Dynamics“ auszeichnet, ja, man beginnt gleich beim ersten Durchlesen zu zweifeln, ob hier eigentlich mehr als eine Sammlung von Gedankengängen vorliegt, die vorher zum Teil schon in Zeitschriftenveröffentlichungen zugänglich waren. Bei weiterer Vertiefung sieht man aber sogleich, daß die beiden Fragestellungen des Buches — Oligopol- und Wachstumstheorie — selbst ohne die aufschlußreichen Verbindungslinien, die Baumol für seine Leser zu ziehen weiß, eine ganze Reihe von neuartigen Aspekten offenbaren, denen man nicht immer voll zustimmen vermag, die man zum Teil gern in einem größeren Rahmen abgehandelt gesehen hätte, die im ganzen aber eine fruchtbare Provokation und Klarheit der Gedankenentwicklung zeigen, wodurch dem fragmentarischen Charakter dieses Buches ein Eigenwert der Anregung zukommt, der ihm auch für einige Zeit erhalten bleiben wird.

Die beiden Hauptabschnitte, in denen Baumol zur Entwicklung und zum gegenwärtigen Stand der Modellbildung auf dem Gebiet der unternehmerischen Entscheidungstheorie und der gesamtwirtschaftlichen Wachstumstheorie Stellung nimmt, werden durch eine methodologische Einleitung zusammengehalten, in der der Autor das Popper-Kriterium (Falsifizierbarkeit der Hypothesen) für empirische Wissenschaften postuliert, ohne jedoch hieraus hinreichende Folgerungen für die Erkenntnisleistung von formalen Modellen zu ziehen. So ergibt sich ein eigenartiger Widerspruch zwischen der Ablehnung des tautologischen Aufbaus von ökonomischen Modellen (S. 1) und der Überbewertung ihrer explikativen und prognostischen Funktionen (S. 2 ff.); Papandreou (*Economics as a Science*, 1958) hat darauf aufmerksam gemacht, daß ein solcher Widerspruch in der theoretischen Nationalökonomie nicht gerade selten anzutreffen ist. Erscheint das methodologische Fundament auf diese Weise nur unbefriedigend gesichert, so ist Baumols wissenschaftstheoretische Ausgangsposition selbst doch genügend bestimmt, und zwar vor allem durch die nachdrückliche Forderung nach empirischem Gehalt der Ausgangssätze (S. 10).

Im ersten Abschnitt steht die statische Oligopoltheorie zur Debatte, weil der Mangel an Realismus und Erkenntniswert die Modelle

der „Competition among the Few“ schon seit geraumer Zeit zum augenfälligsten kritischen Ansatzpunkt für eine Revision des neoklassischen Entscheidungsmodells werden ließ. Von einer rein morphologischen Bestimmung des Oligopolbegriffs ausgehend, analysiert Baumol die traditionellen Oligopolmodelle aus der Perspektive des spieltheoretischen Entscheidungskonzepts. Die Abfolge der Gleichgewichtslösungen wird nur an Hand weniger typischer Fälle untersucht, ohne daß Baumol die ganze Schwäche des Denkansatzes sichtbar macht, wie es etwa Richter (Das Konkurrenzproblem im Oligopol, Berlin 1954) in seiner Übersicht getan hat. Sobald der Verf. den Mangel an empirischem Gehalt aufgedeckt hat, versucht er aus praktischen Erfahrungen über unternehmerische Entscheidungsprozesse wirklichkeitsnahe Hypothesen abzuleiten. Die Beobachtungen führen zunächst zurück auf die Stufe einer Als-ob-Unabhängigkeit der Maximalentscheidung. Demgegenüber bietet Baumol die Alternative, die Gewinnmaximierung als primäres Entscheidungsergebnis aufzugeben und durch den Grad der Kapazitätsausweitung als Zielgröße zu ersetzen, womit zugleich der Ansatzpunkt für die Dynamisierung der Oligopoltheorie (im Hinblick auf Kapazitätsausweitung) gewonnen wird. Baumol entwickelt auf dieser Grundlage ein Oligopolmodell und analysiert seine Implikationen bis hin zu den gesamtwirtschaftlichen Problemen der Geld- und Fiskalpolitik. Die Annahme der Bruttoerlösmaximierung als Verhaltensmaxime ist als verträglich mit der für das neoklassische Modell verbindlichen Rationalitätshypothese ohne weiteres nachweisbar (vgl. E. Schneider, Der Realismus der Marginalanalyse in der Preistheorie, *WWA*, Bd. 73/1954). Sie ist nur in dem Sinne wirklichkeitsnäher, der in der Debatte um den Gültigkeitsanspruch der Marginalanalyse erstmalig auftauchte, wenn der Einwand vorgebracht wurde, die Unternehmer denken nicht in den Kategorien der Marginalanalyse (vgl. *American Economic Review*, 1946 ff.). Das Konkurrenzphänomen ist genau so unabhängig von der konkreten Formulierung der Unternehmerentscheidung in der Oligopol-situation vorhanden wie die Grenzkosten- und Grenzerlöskategorien im strategiefreien Wettbewerb. Die Ehrenrettung des traditionellen Modells über die empirische Analyse unternehmerischer Entscheidungsprozesse kann als Ganzes letztlich nicht befriedigen, wenn auch Einzelheiten hinter die tautologischen Ableitungszusammenhänge sehen lassen.

Der zweite Teil — die makroökonomischen Zusammenhänge des Wachstumsprozesses — findet in dem Verhaltensprinzip der Absatzausweitung ihren Ansatzpunkt; auf diese Weise lassen sich Verbindungslinien zwischen den beiden im Grunde heterogenen Fragestellungen herstellen. Baumol greift damit Schumpeters dynamische Unternehmerfunktion als Fortschrittselement des kapitalistischen Wirtschaftssystems wieder auf und wird hierdurch unmittelbar auf die institutionellen Elemente der Wachstumsunterschiede zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern verwiesen. Die Übertrag-

barkeit bestimmter, für die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbsmechanismus notwendiger Verhaltensweisen wird für Baumol zum Kernproblem. Die produktive Tätigkeit des Unternehmers steht aber in Relation zu strukturellen Gegebenheiten des Wirtschaftssystems; von dieser Seite her findet Baumol Zugang zur traditionellen Konjunktur- und Wachstumstheorie und formuliert ein Wachstumsmodell, das die dominanten Entscheidungstypen des Produktionsprozesses berücksichtigt. Das Buch schließt mit Hinweisen auf die Möglichkeit, neben der Anwendung konventioneller Instrumente der staatlichen Wirtschaftspolitik die Entwicklung der unternehmerischen Funktionen in die Strategie einer ökonomischen Wachstumspolitik einzubeziehen.

Baumols vielschichtige Gedankengänge sind gerade deshalb so fruchtbar, weil sie sich vielfach außerhalb des Rahmens gewohnter Theorieformen ansiedeln. Der fragmentarische Charakter ihrer Darstellung läßt dem Leser mannigfaltige Möglichkeiten des Weiterdenkens — vielleicht das begehrteste Ziel, das sich ein Autor vorstellen kann.

G e r h a r d K a d e - B e r l i n

Meyer, John R., and Kuh, Edwin: *The Investment Decision*. An Empirical Study. Cambridge 1958. Harvard University Press.

Gegenstand der vorliegenden Arbeit der beiden amerikanischen Autoren ist eine empirische Untersuchung des Investitionsverhaltens des Unternehmers in der Industrie, und zwar ausschließlich mit Bezug auf Anlageinvestitionen. Die Verfasser sehen drei hauptsächliche Motive für das Investieren: 1. Das Gewinnmotiv, 2. den Bedarf an erweiterten Kapazitäten zur Befriedigung progressiv wachsender Nachfrage und 3. das Bestreben, einen einmal errungenen Marktanteil in einer wachsenden Wirtschaft zu behaupten.

Die Studie befaßt sich ausschließlich mit mikro-ökonomischen Phänomenen, aus denen sich allgemeine Voraussagen für Wirtschaftswachstum schlechthin nicht unmittelbar ableiten lassen. Außerdem kann es sich naturgemäß immer nur um die Erfassung von Vorgängen handeln, die eine Generalisierung vertragen. Psychologische Motivationen müssen also weitgehend außer Betracht bleiben. Und schließlich geht es um die Analyse kurzfristiger Einflüsse auf die Investitionsentscheidung, so daß z. B. der bedeutendste exogene Faktor, nämlich die technische Entwicklung, nur in geringem Umfange beachtet werden konnte.

Die Untersuchung stützt sich im wesentlichen auf die Auswertung statistischer Daten von etwa 600 als repräsentativ erachteten Firmen aus den Jahren 1946 bis 1950, einer Periode der ersten Nachkriegsknappheit, der Inflation, Rezession und eines beginnenden Booms. Zahlenreihen aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg dienen dem kritischen Vergleich. Innerhalb dieser von den Verfassern selbst gesetzten Grenzen ist unter Anwendung modernster mathematisch-statistischer Methoden eine Analyse des tatsächlichen Investitionsverhal-

tens durchgeführt. Ob sich aus den gewonnenen Erkenntnissen die Motivation der Investitionsentscheidungen des Unternehmers gültig und vor allem abschließend im Sinne einer allgemeinen Theorie der unternehmerischen Investitionsentscheidung ableiten läßt, die die quantitative künftige Entwicklung sicher voraussehen ließe, ist gerade wegen der Ausklammerung wichtiger, bis zu einem gewissen Grade aber nur individuell begreiflicher und der statistischen Erfassung und Deutung entzogener Vorgänge problematisch. Immerhin, selbst wenn man die mathematisch-statistisch gewonnenen Erkenntnisse über den Prozeß der Investitionsentscheidung nur mit erheblichen Einschränkungen als allgemeingültig anerkennt, so haben die Verfasser doch sicherlich recht, wenn sie betonen, daß die möglichst genaue Kenntnis der meßbaren Teile dieses Prozesses quantitative Voraussagen erleichtern dürfte, gleichgültig ob dies schließlich mit ökonomischen oder weniger formalen Techniken geschieht.

Wolfgang Jahn - Düsseldorf

Diekmann, Claus: *Wirtschaftsrechnung*, Investitionen und Wachstum in einer Zentralverwaltungswirtschaft. (Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen, Band 11.) Berlin 1960. In Kommission bei Duncker & Humblot. 144 S.

Das Verdienst des Buches besteht in der Darstellung und Kritik der Versuche, eine funktionsfähige Wirtschaftsrechnung in einer Zentralverwaltungswirtschaft zu finden. Dabei werden nicht nur Marx und die sowjetischen Theoretiker, sondern auch Hensel, Bettelheim und der Pole Lipiński in die Betrachtung mit einbezogen. Der eigene Lösungsvorschlag des Verfassers, mit Hilfe der Linearplanung zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen, ist jedoch verfehlt. Er geht nämlich als Zielfunktion von der Nutzenfunktion der in der Zentralverwaltungswirtschaft tätigen zentralen Planungsbehörde aus. Bei Nutzen und Nutzenstiftung, auch wenn diese mit dem mathematischen Siegel „c“ bezeichnet wird, handelt es sich um keine extensive Größe, die allein der Mathematik zugänglich ist, sondern um eine intensive Größe, die sich der zahlenmäßigen Messung und Darstellung entzieht. Diekmanns Lösung ist daher eine Scheinlösung, die ein typisches Beispiel dafür ist, wie die Mathematik von der ökonomischen Theorie im Streben nach Exaktheit überfordert werden kann.

W. M. Frhr. v. Bissing - Berlin

Meier, Hellmut: *Die Entwicklung des Haushaltswesens in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*. (Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen, Band 10.) Berlin 1960. In Kommission bei Duncker & Humblot. 191 S.

Der Verf. behandelt gründlich und eingehend auf Grund der analysierten und ausgewerteten Statistiken der Zone und auf Grund eigener Erfahrungen als Kreistagsabgeordneter das Haushaltswesen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Dabei treten die engen

Verflechtungen zwischen Haushaltsplan, Finanzplan und Volkswirtschaftsplan deutlich hervor, und man sieht, wie die Reibungen in einer zentralen Verwaltungswirtschaft sowjetischen Typs bei der Erfüllung der Pläne mit daraus entstehen, daß diese Pläne von mehreren unabhängig nebeneinander stehenden Stellen aufgestellt und dann nicht mehr rechtzeitig und den Verhältnissen entsprechend koordiniert werden können. Allein daraus ergibt sich eine der zentralen Verwaltungswirtschaft sowjetischen Typs innewohnende Tendenz zur Inflation. Und diese Tendenz kann auch nicht dadurch niedergehalten werden, daß die Budgetpolitik in der Zone jährliche Überschüsse der Einnahmen über die Ausgaben erstrebt. Im übrigen gewährt die Arbeit einen tiefen Einblick in die zunehmende und planmäßig durchgeführte „Sowjetisierung“ der mitteldeutschen Wirtschaft.

W. M. F r h r v. B i s s i n g - B e r l i n

Das Problem der Geldwertstabilität. Bericht über den wissenschaftlichen Teil der 20. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. am 21. Juni 1957 in Bad Godesberg. (Beihefte der Konjunkturpolitik, Zeitschrift für angewandte Konjunkturforschung, Heft 4.) Berlin 1959. Verlag von Duncker & Humblot. 100 S.

Die Publikation enthält einen Bericht über den wissenschaftlichen Teil der 20. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. am 21. Juni 1957 in Bad Godesberg. Besonders bemerkenswert in dieser Debatte ist die ausgezeichnete Einführung und Stellungnahme durch F r i e d e n s b u r g und das sehr interessante Referat von L u t z über Gefahren und Vorteile einer echten Inflation. Das Referat von G r ü n i g ist ebenfalls interessant. Es ist auch sehr verdienstvoll, die Gefahren und Vorteile bei kleineren staatlichen Eingriffen in die Preisgestaltung gegeneinander abzuwiegen. Die Debatte selbst ist sicher von einem hohen Niveau, wenn auch nicht immer gleichmäßig wertvoll gewesen. Wertvoll erscheinen nur die Ausführungen von B a d e, wengleich sein Optimismus in bezug auf die gleichzeitige Durchführung von Währungsstabilisierung und Vollbeschäftigung vielleicht so bedingungslos nicht ganz geteilt werden kann. Auch die Stellungnahme T h a l h e i m s — insbesondere in bezug auf die Sowjetunion — und von W e s s e l s weist eine Reihe sehr bemerkenswerter Gesichtspunkte auf. Die Bemerkungen von G l e i t z e über das Problem der relativen Einkommensverschiebungen bei fortschreitender Wirtschaftsexpansion sind sicher interessant. Besonders zu unterstreichen wären auch die Ausführungen von R ü s t o w und H a h n, welche die Notwendigkeit der Heranführung empirischer Untersuchungen an das Modelldenken betonen. Alles in allem ein bemerkenswertes Gespräch.

R i c h a r d K e r s c h a g l - W i e n